

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

Abonnementspreis 60 Mq. pro Monat, 1,80 Ml. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgepalte Zeile resp. deren Raum 1.— Ml.

Bei 5maliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Janschet, Bochum. Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Wilmershauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

### Leuz.

Nun schau' ich euch wieder im sonnigen Strahl,  
Du schimmernde Ruhra, du lachendes Tal.  
Ihr Wälder und Auen mit knospendem Grün,  
Ihr Berge und Hügel und Schroffen so kühn.  
Und hat mir der Winter beengt auch die Brust,  
Wie labt mich der Anblick, wie stärkt mich die Lust!  
Ich schreite nun wieder zum Tale, zum Grund,  
Der Frühling, die Sonne, sie machen gesund. —

Und wo ich im Walde mir suche die Rast,  
Da lockt's im Gezweige, da zirpt es vom Ast,  
Die Finken und Drosseln, sie rufen gar hell:  
Willkommen, willkommen, lieber Gesell!  
Wir sind ja Genossen, du singest wie wir,  
Und bist du Poete, wir sind es mit dir,  
Wir dichten ja Lieder ganz eben wie du,  
Und mehr noch, wir machen die Weisen dazu. —

So lockt's im Gezweige, so grüßt es vertraut  
Von Hüben, von Drüben mit fröhlichem Laut,  
Mit Singen und Klingeln im grünen Revier,  
Es sind ja Kollegen und Freunde von mir. —  
Und murmelnde Quellen, sie sprudeln vom Hang,  
Und wispeln und raunen mit heimlichem Klang,  
Sie rieseln behende durch Auen und Flur,  
Und suchen den Weg sich zur silbernen Ruh. —

Und wo ich auch schreite, und wo ich auch geh,  
Ich immer nur Neues und Herrliches seh,  
Verkürt von der Sonne mildeleuchtendem Strahl,  
Die blühenden Hänge, das lachende Tal. —  
Und hat mir der Winter beengt auch die Brust,  
Der Frühling, die Sonne sind Bringer der Lust,  
Sie scheuchen des Nordsturms verderbliches Weh'n,  
Sie malen die Heimat so lieblich und schön. —

H. K.

### Gesekzentwurf zum Schutz der Bergarbeiter.

Schon in voriger Nummer teilten wir mit, daß, nachdem der Landtag die Regierungsvorlage betreffs Bergarbeiterschutz so verstimmt hat, die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag einen neuen Entwurf vorlegte, nach dem die Hauptforderungen des preussischen Bergmannstages durch die Gewerbeordnung verwirklicht werden sollten. Wir geben hier den Wortlaut des Entwurfs wieder:

Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesekzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:

**Gesek**  
betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten, und Gesekentwurf betreffend Änderungen der Gewerbe-Ordnung.

**Artikel 1.**  
Auf das Vertragsverhältnis zwischen Bergwerksbesitzern und den Bergleuten finden lediglich die reichsgeseklichen Vorschriften Anwendung.

**Artikel 2.**  
Die Bestimmungen der §§ 105, 105a, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 120, 120a, 120b, 120c, 120d, 120e, 122, 123, 124, 124a, 133a, 133b, 133c, 133d, 133e, 133f, 133g, 134, 134a, 134b, 134c, 134d, 134e, 134f, 134g der Gewerbe-Ordnung finden auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche oder Gruben als Fabriken im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gelten.

**Artikel 3.**  
Der § 115 der Gewerbe-Ordnung erhält folgende Zusätze:

1. Im Falle der Auflösung des Arbeitsverhältnisses muß dem Arbeitnehmer auf sein Verlangen die ihm vom Arbeitgeber überlassene Wohnung bis zum Schluß des Monats der Wohnung folgenden Monats gegen Erstattung der bisherigen Miete belassen werden. Entgegenstehende Vereinbarungen sind rechtsungültig.  
2. Soll der Lohn nach Bedinge (Mkord, Stüktohn) bemessen werden, so hat der Arbeiter, falls keine Vereinbarung über die Höhe des Lohnes vor Beginn der Arbeit zustande kommt, unbeschadet der Anwendung des § 316 des Bürgerlichen Gesekbuchs einen Mindestanspruch auf den durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienst, welcher für gleichartige Arbeit gezahlt wird.  
3. Die Nachrechnung eines für eine ausbedungene Arbeitsleistung verdienten Lohnes (Mühen) ist unzulässig. Wegen nicht genügender oder nicht vorchriftsmäßiger Leistung darf nur dann ein Abzug stattfinden, wenn der Arbeitgeber beweist, daß die gelieferte Arbeit mangelhaft und daß die Mangelhaftigkeit auf ein Verschulden des Arbeiters zurückzuführen ist. Die vereinbarte Vergütung für nicht genügende oder nicht vorchriftsmäßige Leistungen darf nur entsprechend dem Wert der fehlerhaften zu der fehlerfreien Leistung gemindert werden. Soll eine Kürzung des Lohnes wegen nicht vorchriftsmäßiger Leistung der vereinbarten Menge stattfinden, so ist in Gegenwart des Arbeiters oder eines von ihm bezeichneten Vertrauensmannes das Mindermaß festzustellen.  
4. Wird die Leistung nach Rauminhalt gezahlt, so muß das Raummaß geacht und an seiner Außenseite der geachte Rauminhalt deutlich sichtbar gemacht sein.  
5. In Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben darf ein Bedinge nur nach dem Gewicht der zu fördernden Produkte bemessen werden. Das Raumgewicht und der Rauminhalt jedes Fördergefäßes ist zu aichen und der geachte Rauminhalt an der Außenseite deutlich erkennbar zu machen. Ist die Mäschung unterlassen oder die Mäschung nicht deutlich gemacht, so ist nach Bruttogewicht (Gewicht des Fördergefäßes mit Inhalt) zu bezahlen. Der Lohn für die im Monat verrichtete Arbeit ist spätestens am 10. des darauffolgenden Monats zu zahlen. Am 20. und gegen

eines jeden Monats muß eine entsprechende Abschlagszahlung vorausgehen. Dem abkehrenden Arbeiter ist der volle Lohn beim Abgang ausbezahlen.

**Artikel 4.**  
Nach § 115a wird folgender § 115b eingeschaltet:  
In Steinkohlen-, Erz- und Kalkbergwerken darf die tägliche Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab 8 1/2, vom 1. Januar 1907 ab acht Stunden nicht übersteigen. In Braunkohlen- und Schiefergruben darf die tägliche Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab zehn, vom 1. Januar 1907 ab neun und vom 1. Januar 1908 ab acht Stunden nicht übersteigen. Für Arbeiter, welche an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als + 26 Grad Celsius beträgt, beschäftigt werden, darf die Arbeitszeit sieben Stunden, für Arbeiter, welche an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als + 24 Grad Celsius beträgt, beschäftigt werden, sowie bei nassen Arbeitern darf die Arbeitszeit sechs Stunden täglich nicht übersteigen. Als gewöhnliche Temperatur gilt diejenige Temperatur, welche der Verriehpunkt bei regelmäßiger Belegung und Belüftung hat. Die höhere Verwaltungsbehörde hat durch schriftliche Verfügung zu bestimmen, ob für eine Grube oder Grubenabteilung die in Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen. Die Ein- und Ausfahrt (Selbfahrt) des einzelnen Arbeiters vom Beginn seiner Einfahrt bis zum Ende seiner Ausfahrt, gehört zur Arbeitszeit.  
Die Arbeiter über Tage, sowie alle sonst in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben beschäftigten Arbeiter dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Jedem dieser Arbeiter, sofern seine Arbeitszeit nicht längstens nur acht Stunden beträgt, ist mindestens eine zweistündige Ruhepause zu gewähren. Die Ruhepause ist in die Arbeitszeit einzurechnen. Soweit Arbeit an Sonn- oder Festtagen zulässig ist, darf die Gesamtarbeitszeit einschließlich der Ruhepausen in der Zeit von Samstag abend 6 bis Montag morgen 6 Uhr für den einzelnen Arbeiter acht Stunden nicht übersteigen.

**Artikel 5.**  
Nach § 134h der Gewerbe-Ordnung wird folgender § 134i eingeschaltet:  
1. Auf denjenigen Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben, auf welchen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, muß ein ständiger Arbeiterausschuss vorhanden sein.  
Als ständiger Arbeiterausschuss gelten nur solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern des Bergwerks der betreffenden Betriebsabteilung oder der mit dem Bergwerke verbundenen Betriebsanlagen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Beamte und Aufsicher sind nicht wählbar. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abteilungen des Betriebes erfolgen. Die Vertreter müssen mindestens 21 Jahre alt sein, mindestens ein Jahr auf einem Bergwerk gearbeitet haben und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen. Ihre Zahl muß mindestens fünf betragen und mindestens so stark sein, als Streikerabteilungen vorhanden sind.  
Die Wahl findet nach den Grundzügen der Verhältnismäßigkeit statt, derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen, entsprechend ihrer Zahl, vertreten sind.  
Die Wahl erfolgt für die Dauer eines Jahres. Wiederwahl ist zulässig. Der Wahltag ist mindestens vier Wochen vorher bekannt zu machen. Für die während der Amtsperiode ausscheidenden Mitglieder findet innerhalb sechs Wochen nach dem Ausscheiden eine Ersatzwahl statt.  
II. Mitglieder der Arbeiterausschüsse dürfen während ihrer Amtsdauer nur dann gefänglich und entlassen werden, wenn sie sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, die zu ihrer sofortigen Entlassung nach §§ 123, 124a der Gewerbe-Ordnung berechtigen.  
III. Der ständige Arbeiterausschuss hat insbesondere folgende Befugnisse:  
er ist vor Erlass der Arbeitsordnung zu hören, an sich zulässige, aber von den geseklichen Vorschriften abweichende, oder diese ergänzende Bestimmungen der Arbeitsordnung sowie die Festsetzung der Grundzüge über die Verwendung und Verwaltung der Strafgeelder bedürfen seiner Zustimmung, er hat über die Verwendung und Verwaltung der Strafgeelder Rechnung zu legen, er hat bei der Durchführung und Beaufsichtigung der sicherheitspolizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken, er hat das Recht, die Gruben zu kontrollieren und auf Befehligung vorgefundener Missetände zu drängen, falls von Arbeitern gewählte Grubenkontrollen nicht vorhanden sind, er hat alle Beschwerden über Missetände bei der Verwaltung vorzubringen, er hat bei Differenzen und bei Beschwerden über unzureichende Bedinge mitzuwirken und auf mögliche Verständigung hinzuwirken. Strafen, die 1 Ml. übersteigen, dürfen ohne seine Zustimmung nicht festgesetzt werden.  
Der Arbeiterausschuss hat nähere Vorschriften über die rechtliche Stellung (insbesondere über die Entlassungsgründe, die Pflichten und die Art der Lohnzahlung durch die Arbeiter) der Wagenkontrollen festzulegen, falls solche durch unmittelbare und geheime Wahl der Belegschaft gewählt sind.  
Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse versehen ihr Amt unentgeltlich. Notwendige Auslagen und in Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten ihnen entgangener Arbeitsverdienst sind ihnen zu ersetzen.  
IV. Wo ein ständiger Arbeiterausschuss nicht besteht, ist ein Vertrauensmann zu ernennen, der in direkter und geheimer Wahl durch die Mehrzahl der Arbeiter gewählt wird.  
Dem Bergwerksbesitzer und seinen Angestellten ist unterlagt, die Arbeiter in der Uebernahme oder eines in Gemäßheit dieser Vorschriften ihnen übertragenen Amtes zu beschränken. Vertragsbestimmungen, welche diesen Verbote zuwiderlaufen, haben keine rechtliche Wirkung.

**Artikel 6.**  
Dem § 139b Gewerbe-Ordnung wird folgender Absatz hinzugefügt:  
In Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben wählen die volljährigen Arbeiter in unmittelbarer und geheimer Wahl Grubenkontrollen als Hilfsbeamte der Bergaufsichtsbeamten. Diese sind verpflichtet,

die Gruben und Tagesanlagen in bezug auf die Sicherheit zu befehlen sowie sich über die daselbst vorgekommenen Unfälle zu unterrichten. Die näheren Bestimmungen über die Zahl der Grubenkontrollen und über ihre Befugnisse trifft die höhere Verwaltungsbehörde.

**Artikel 7.**  
In § 146 Gewerbeordnung, Ziffer 1, wird nach § 115 eingeschaltet: 115b.  
In § 147 Gewerbeordnung wird der Ziffer 5 zugestimmt oder wer der Vorschrift des letzten Absatzes des § 134i zuwiderhandelt.

### Bei den Bergarbeitern im Schaumburg-Lipper Bergrevier.

In Nr. 46 vom 19. November v. J. habe ich unter obiger Ueberschrift den Lesern der Bergarbeiter-Zeitung die Lage unserer sippischen Kameraden geschildert und dürfte der Mehrzahl der Kameraden deshalb noch erinnerlich sein, daß im November v. J. die Kameraden im obigen Revier an die Leitung des Schaumburg-Lipper Oberreviers mit einer Lohnforderung herantraten. Unsere Kameraden forderten eine Lohnhöhung von 15 Prozent für die Puer und 20 Prozent für alle anderen Lohnklassen. Außerdem wurde noch eine Änderung des § 86 der Arbeitsordnung gewünscht.  
Diese Forderungen wurden jedoch am 6. November v. J. von dem Leiter des Schaumburg-Lipper Reviers Herrn Berggrat Schulze als zu hoch bezeichnet. Er erklärte, daß er diese Forderung nicht weiter geben könne, die Anknappschäftsstellen müßten erst nochmals mit ihren Sprengelgenossen Rücksprache nehmen und dann nach der Anknappschäftsstellenwahl wieder kommen. Von neuem nahmen unsere Kameraden zu der Lohnfrage in vier Versammlungen am 27. November v. J. Stellung. Das Resultat dieser Versammlungen war, daß die ersten Forderungen dahin abgeändert wurden, für alle Lohnklassen eine Erhöhung des Lohnes um 30 Mq. pro Schicht zu fordern. Anfang Dezember fanden dann die Anknappschäftsstellenwahlen statt, das Resultat war, daß in allen 9 Sprengeln Verbandsmitglieder gewählt wurden. Daraufhin wurden seitens der Anknappschäftsstellen die neuen Forderungen der Werksleitung unterbreitet; jedoch eine bestimmte Antwort gab es nicht. Herr Berggrat Schulze versprach zwar sein möglichstes zu tun. Die Bergleute hofften, daß der Etat der Berg-, Hülsen- und Salinenverwaltung jedenfalls für sie eine Lohnhöhung bringen würde. Dies ist nun aber gerade nicht der Fall! Denn der Etat für das Jahr 1905 für das hiesige Revier eine Lohnsumme von 1 933 600 Ml. vor, gegen 1 991 660 Ml. im Jahre 1904.

Die Werksleitung hat also bei der Aufstellung des Etats trotz der Mehrleistung der Arbeiter keine Erhöhung der Löhne vorgesehen, sondern es sieht ganz danach aus, als wenn man eine Reduzierung der Löhne vorgesehen hätte. Daß an eine Reduzierung der Arbeiterzahl gedacht wurde, ist kaum annehmbar, da das Werk bis jetzt voll beschäftigt gewesen war und die sippischen Kameraden noch nicht unter freier Luft zu leiden hatten. Auch ist in den letzten Jahren die Arbeiterzahl sowie die Summe der geförderten Kohlen beständig gestiegen. Folgende Zahlen mögen dieses beweisen:

	Arbeiterzahlen	Kohlenförderung
1901	2034	314 208 Tonnen
1902	2040	329 208 "
1903	2116	351 998 "

Außer diesen Steinkohlen wurden aber noch folgende Mengen Koks produziert:

1901:	17 537 Tonnen
1902:	21 694 "
1903:	49 687 "

Wir haben es hier also mit einer fortwährenden Steigerung der Produktion zu tun. Jedoch ist diese Steigerung der Produktion zum Teil auch auf die enorme Steigerung der Durchschnittsleistung des einzelnen Arbeiters zurückzuführen.  
Es betrug die Durchschnittsleistung des einzelnen Arbeiters:

1901 =	154 1/2 Tonnen Steinkohlen
1902 =	161 1/2 "
1903 =	166 1/2 "

Dies fortwährende Steigerung der Durchschnittsleistung des einzelnen Arbeiters fällt bei den vorhandenen Verhältnissen ganz besonders ins Gewicht. Die Kohlenflöße haben eine Mächtigkeit von 81—85 Zentimeter in flacher Lagerung.  
Der dieser geförderten Produkten insgesamt und im Durchschnitt auf den einzelnen Arbeiter stellt sich wie folgt:

	Gesamtwert	Wert auf den einzelnen Arbeiter
1901	3 381 622 Ml.	1 662,50 Ml.
1902	3 374 882 "	1 653,96 "
1903	4 238 044 "	2 002,88 "

Wenn trotz dieses Ergebnisses das Werk in den Jahren 1901 und 1902 eine Zuluße von insgesamt 784 556 Ml. erforderte, so liegt das daran, weil man die bedeutenden Ausgaben für Renanlagen (Schacht Georg, Kokerien usw.) mit in Ausgäbe stellte und so für den Mangel an den Aufschub erweckte, als wäre das Werk nicht rentabel. Hätte die Werksleitung die Ausgaben für Renanlagen als Kapitalanlage gebucht, dann wäre unzweifelhaft auch in obigen beiden Jahren ein Ueberschuss zu verzeichnen gewesen. Hätten in den Jahren 1901/02 der preussische Fiskus und der Fiskus von Schaumburg-Lippe in den Ventel greifen müssen um für die Erweiterung und Verbesserung des Werkes etwas zu tun, so könnten dieselben im Jahre 1903 einen Ueberschuss von 636 792 Ml. einbringen. Auf den Kopf des einzelnen Arbeiters entfiel danach pro 1903 ein Ueberschuss von rund 325 Ml. Also fast in einem einzigen Jahre wurde die Zuluße von 1901/02 wieder herausgewirtschaftet. So wie es 1903 gegangen hat, so wird es in den kommenden Jahren in noch viel höherem Maße gehen. Leider liegt der Abschluß vom Jahre 1904 noch nicht vor. Wenn wir uns aber den Etat für die Jahre 1904 und 1905 ansehen, so finden wir, daß für das Jahr 1904 643 400 Ml. und 1905 751 800 Ml. Ueberschuss vorgesehen ist. Und trotz dieser Ergebnisse sieht der Etat für das Jahr 1905 eine Erhöhung der Löhne vor, obwohl Herr Berggrat Schulze seinem Versprechen nach sein möglichstes im wollte. Wiederum hatte es den Anschein, als wenn die Bergarbeiter vergebens gewartet hätten. Enttäuschungen hatten dieselben in früheren Jahren genug erlebt. Ich erinnere nur daran, daß der frühere Leiter des Schaumburg-Lipper Reviers Herr

Bergat Franke die Vergleute 8 Jahre an der Nase herum geführt hat mit Versprechungen. Jedes Jahr, wenn die Vergleute glauben, daß mit dem 1. April eine Erhöhung der Löhne eintreten werde, haben sie sich getraut. Jedesmal hatte der Herr Bergat Franke die Ausrufung: „Ja der Etat sieht keine Lohnerhöhung vor!“

Das Gaukelspiel waren die Vergleute endlich leid und im Jahre 1900 schlossen sie sich dem Bergarbeiterverbande an. Sie hatten einsehen, daß nur auf dem Wege der Organisation etwas zu erreichen war. Neue Lohnforderungen wurden gestellt und am 1. April 1901 trat für die Bergarbeiter eine Erhöhung der Löhne von 10 bis 50 Pfg. pro Schicht ein. In der Verhandlung der Bergarbeiter seitens der Beamten, welche immer schlechter geworden, trat durch die Kritik in den Versammlungen und der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Besserung ein. Außerdem hatten die Vergleute bis 1901 erst sechs Jahre auf dem Werke arbeiten müssen, bevor dieselben „verpflichtet“ wurden. Sechs Jahre mußten die Arbeiter ununterbrochen auf dem Werk gearbeitet haben, bevor sie in die erste Förderklasse aufstiegen und in die Pensionskasse aufgenommen wurden. Diese Wartzeit wurde auf vier Jahre ermäßigt. Dieser Zustand ist auch noch unhaltbar und es muß das Bestreben der ganzen Kameradschaft sein, daß hier eine Aenderung eintritt.

Trotzdem nun, wie schon oben angeführt, der Etat der Berg-, Gütten- und Salinen-Verwaltung für das Jahr 1905 keine Erhöhung der Löhne für die Lippeischen Vergleute vorgesehen hat, ist doch mit dem 1. April d. J. eine solche eingetreten. (Wenigstens ist dies den Arbeitern durch Anschlag auf den Werten bekannt gegeben.) Laut diesem Anschlag wird eine Erhöhung des Minimallohnes pro Schicht von 10-45 Pfg. eintreten. Einen Heberblick über den Stand des Minimallohnes seit Einführung unseres Verbandes gibt folgende Aufstellung. Der Minimallohn pro Schicht stellte sich in den einzelnen Lohnklassen wie folgt:

Bezeichnung der Arbeiter	Lohnklasse	Nach der Lohn-erhöhung		ab 1. April d. J.
		1900	1901	
Gruener	1	3,00	3,50	3,80
Aufwärtler	2	2,60	3,00	3,25
Nebenaufwärtler	3	2,40	2,80	3,25
Förderleute 1. Klasse	4	2,40	2,68	3,00
Förderleute 2. Klasse	5	1,70	1,70	1,90
Hilfsarbeiter	6	1,60	1,70	1,90
Jugendliche Arbeiter über Tage	7	1,60	1,60	1,70

Außerdem ist für die Tagesarbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 20 Pfg. pro Schicht eingetreten. Vor allen Dingen ist die Ungleichheit der Löhne zwischen den Einfüllern und Nebenaufwärtlern beseitigt. Früher war eine Erhöhung der Löhne, wenn der Etat dieselbe nicht vorsah, nicht möglich. In diesem Jahre ist es aber möglich geworden. Sollte hier nicht der imposante Streik der Ruhrbergleute eingewirkt haben? Im Ruhrrevier trat keine Erhöhung der Löhne ein, die streikenden Kameraden mußten die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen; aber den Lippeischen Kameraden brachte die Bewegung ohne Zweifel diese Erfolge. Dies ist der beste Beweis, daß, wenn die Kameraden in einem Revier um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen, dieser Kampf auch auf die Verhältnisse der Kameraden in den anderen Revieren einwirkt. Das Vorhandensein der Organisation im Lippeischen Revier und der Streik der Ruhrbergleute waren es, wozu die Vergleute es zu verdanken haben, daß eine Erhöhung der Löhne bewilligt wurde. Schöne Erfolge sind es, welche die Lippeischen Kameraden seit dem Jahre 1900, wo unser Verband dort eingeführt wurde, zu verzeichnen haben. Fassen wir dieselben nochmals kurz zusammen.

1. Erhöhung des Lohnes um 20-55 Pfg. pro Schicht.
2. Bessere Behandlung seitens der Beamten.
3. Deputatlohn für die Invaliden.
4. Verkürzung der Wartzeit für die „Verpflichtung“ von sechs auf vier Jahre.

Ohne Organisation wären diese Erfolge nicht zu verzeichnen. Dieses sollten die Bergarbeiter vor allen Dingen bedenken und der Organisation nicht den Rücken kehren, wie es leider eine Anzahl Kameraden bis jetzt gemacht haben. Leider hat es den Anschein, als wenn diese Erfolge die Bergarbeiter wieder in die frühere Gleichgültigkeit führten. Denn in den letzten Jahren kann man nicht mehr von einem Fortschreiten der Organisation im hiesigen Revier reden. Es ist leider Tatsache, daß die Bergarbeiter unter dem Vorwand: „Die Beiträge sind zu hoch“ dem Verbands nicht beitreten, und andere ihren Austritt erklären. Während kurz nach Einführung des Bergarbeiterverbandes (Ende 1900) über 60 Prozent der Gesamtbelegschaft organisiert waren, sind es heute nur noch 50 Prozent. Statt mit einem Fortschritt haben wir mit Rückschritt zu rechnen.

So stehen heute die Dinge im Lippeischen Revier, und es ist zu befürchten, daß, wenn die Beiträge erhöht werden, ein Teil der Kameraden unserer Organisation den Rücken kehrt. Die Versammlungen, welche ich am 7. und 14. Mai in Bielefeld, Kirchhorsten und Stadthagen abhielt sowie der persönliche Verkehr mit den Kameraden während meines achtstägigen Dortheims haben mir hierüber nicht den geringsten Zweifel gelassen. Eine Gleichgültigkeit ist unter einem Teil der Kameraden eingetreten, welche einfach fatal ist. Schon der Besuch der Versammlungen zeigte dies deutlich. Die erste Versammlung sollte am 7. Mai in Bielefeld stattfinden. Anwesend waren ungefähr 80-90 Kameraden. Leider konnten wir die Versammlung nicht abhalten, weil die Genehmigung nicht eingetroffen war. Um uns nicht strafbar zu machen, vertagten wir die Versammlung auf den 14. Mai; der Besuch war derselbe als am Sonntag vorher. Während wir am 7. Mai keine Genehmigung erhalten hatten, trafen für die Versammlung am 14. Mai sogar zwei Genehmigungen ein und zwar eine vom Landrat in Bielefeld und eine vom Schaumburg-Lippeischen Ministerium.

In Kirchhorsten hatten sich ganze zwölf Kameraden eingefunden, sodas es sich garnicht lohnte in die Verhandlungen einzutreten. Die Kameraden von Kirchhorsten und Umgegend hatten allem Anschein nach besseres zu tun, als ihre Interessen zu vertreten. Es ist einfach beschämend für die Kameraden, daß sie lieber Festlichkeiten besuchen, als in ihre Versammlungen zu kommen.

In Stadthagen war die Versammlung am 14. Mai von ca. 100 Kameraden besucht. Also von ca. 1100 Verbandsmitgliedern hatten es etwa 200 für notwendig befunden die Versammlungen zu besuchen. Dies beweist, daß eine grenzenlose Interessenlosigkeit bei unseren Lippeischen Kameraden eingetreten ist. Das Thema war in allen Versammlungen: „Die Geschichte der Gewerkschaften und die Erhöhung der Beiträge“. In beiden Verhandlungen gelang es mir die Mehrzahl der anwesenden Kameraden von der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge zu überzeugen. Alle Diskussionen erkannten an, daß sie durch den Verband sehr viele Ziele erreicht haben und daß die Lippeischen Kameraden wohl einen höheren Beitrag bezahlen könnten, wenn sie nur wollten. Bei den meisten sei aber der Wille nicht vorhanden. Schließlich entschied sich die Versammlung in Stadthagen für Staffelpreise, während die Bielefelder Kameraden einem einheitlichen Beitrag von 40 Pfg. zustimmten.

Waren nun auch die Versammlungen nicht so besucht, wie man es wünschen konnte, so ist die Agitationstour doch für uns von Nutzen gewesen, denn es sind eine ganze Reihe Kameraden überzeugt worden, daß eine Erhöhung der Beiträge notwendig ist. Wägen diese Kameraden, welche unsere Kerntruppe bilden, nur ruhig und besonnen weiter arbeiten. Wägen sie vor allen Dingen den wankelmütigen Kameraden die Notwendigkeit der Organisation sowie die Erfolge, welche durch den Verband bereits erzielt sind, vor Augen führen, dann werden auch schließlich die gleichgültigen Kameraden einsehen, daß der Verband

nur ihr Bestes will und stets bestrebt ist, die Lage seiner Mitglieder zu verbessern.

Nur unsere sämtlichen Lippeischen Mitglieder aber richte ich die Frage: Wem verbaut ihr die Erhöhung der Löhne um 20-55 Pfg. pro Schicht seit dem Jahre 1900. Wollt ihr jetzt, wo eure Lage bedeutend verbessert ist dem Verbands zum Dank den Rücken kehren? Glaubst ihr jetzt, daß eure Lage nicht mehr verbesserungsbedürftig ist? Wenn ihr letzteres glaubt, dann denkt doch mal an eure Knappschaftsverhältnisse. **Wird es da nicht noch sehr viel zu tun?** Denkt auch daran, daß auf den Schächten noch keine Maschinen vorhanden sind, damit ihr nach getaner Arbeit euren beschmutzten Körper reinigen und die durchnässte Kleidung wechseln könnt. Im Interesse eurer Gesundheit wäre hier eine Aenderung dringend notwendig.

Wer bürgt euch dafür, daß die Verhandlung seitens der Werkleitung immer so bleibt, wie sie jetzt ist. Kann da nicht sehr leicht eine Aenderung eintreten? An alles dieses müßt ihr denken. Wenn ihr das tut, dann wird euch euer eigener Verstand sagen, daß ihr alle treue Mitglieder des Verbandes bleiben müßt und nicht eher ruhen dürft, bis daß der letzte Kamerad dem Verbands zugeschworen ist. Keine Wankelmütigkeit, keine Gleichgültigkeit, kein Verzagsein darf es geben, sondern nur eine Lösung für alle Bergarbeiter: **„Vorwärts trotz alledem.“** R. H.

## Der V. Gewerkschaftskongreß.

Erster Tag.

Vormittags-Sitzung.

Köln, den 22. Mai.

Im alten ehrwürdigen Gürzenich tagte während der letzten Woche der fünfte Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands. Der Gürzenich, der auf mehr als sechs Jahrhunderte zurückblickt, ist heute Eigentum der Stadt Köln und dient vorzugsweise zur Abhaltung großartiger patriotischer Festlichkeiten und zum Empfang hoher und höchster Persönlichkeiten und daß die Stadt Köln, das „deutsche Rom“, die Hochburg der christlichen Gewerkschaftsbewegung, diesen prächtvollen Saal eine ganze Woche den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften ohne jede Entschädigung zur Verfügung stellte, beweist wohl am allerdeutlichsten die Macht der Gewerkschaften. Aber nicht nur den Gürzenich allein hat die Stadt dem Kongreß geöffnet, sondern sämtliche öffentlichen städtischen Anstalten wie Museen etc., mit alleiniger Ausnahme des zoologischen Gartens, stehen den Delegierten unentgeltlich auf, was man lobend anerkennen muß. Die Diäten der Delegierten sind ja knapp bemessen und in einer fremden Stadt lebt es sich nie billig und so hat man manches Mal kaum soviel Pfennige übrig, besonders diejenigen Delegierten, die „nichts zuzufügen“ haben, und das sind die meisten, daß sie die Eintrittsgelder herappeln können. Hier haben sie es gratis von der Stadt und die Delegierten haben auch reichlich Gebrauch davon gemacht.

Erschienen sind 213 Delegierte und eine große Zahl von Gästen, darunter der alte Gewerkschaftssekretär V. Grentlich (Büsch) und Frau Fraas (Vorn) vom Schweizerischen Arbeiterbund, N. Maas und Franz Bergmann von der Gewerkschaftskommission Belgiens, A. Fieber und Jrl. W. Föschel (Wien) von der österreichischen Gewerkschaftskommission, Fr. Domes und G. Beer (Wien) für den österreichischen Metallarbeiterverband, Grünwald (Wien) für den österreichischen Buchbinderverband, L. Wihholz (Wien) für den österreichischen Holzarbeiterverband und F. Palme für den österreichischen Porzellanarbeiterverband. Den Zentralverband deutscher Konsumvereine vertritt H. Kaufmann (Hamburg), die Großhandlungsgesellschaft G. Lorenz (Hamburg) und G. Rathjohann (Dresden). Als Referenten sind anwesend Bömelburg, Robert Schmidt, v. Elm und D. Que. Von der Generalkommission sind R. Legien, R. Schmidt, Krabe, Sassenbach, Cohen, Döblin, Knoll, Sabath, Silberstein, Umbreit, Brunner, Walz und Szemski anwesend.

Legien-Verein veröffentlicht kurz nach 9 Uhr morgens im Auftrag der Generalkommission den Kongreß mit einer sehr lehrreichen Begrüßungsansprache. Leider können wir des Raum mangels halber nur sehr kurz über die Verhandlungen berichten, wollen aber hoffen, daß sich unsere Kameraden das Protokoll anschaffen, um sich über den ganzen Verlauf des Kongresses Auskunft zu verschaffen. Redner sagt, auf diesem Kongreß sind 1/4 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. In Halberstadt vertraten auf dem ersten Gewerkschaftskongreß 208 Delegierte 303 000 Organisierte, in Berlin auf dem nächsten Kongreß, wo zum ersten Male nur Vertreter der Verbände zugelassen waren, vertraten 139 Delegierte 271 000 Organisierte; in Frankfurt a. M. waren 495 000 Organisierte durch 130 Delegierte vertreten; in Stuttgart 681 000 Organisierte durch 156 Delegierte, und hier schließlich vertreten 213 Delegierte 1 252 000 Organisierte. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Ganz anders haben sich die Organisationen entwickelt, als die Kleingläubigen annahmen, die an der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung verzweifeln, ganz anders haben sich die Dinge entwickelt, als vor zwölf Jahren auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei hier in Köln vorausgesagt worden ist. Acht Delegierte sind hier, die an den damaligen Verhandlungen 1893 teilgenommen haben. Sie werden damals dieselbe Empfindung gehabt haben, wie ich: es scheint, als ob sehr wenig Sympathie für die Gewerkschaften im Allgemeinen vorhanden ist. Bei objektiver Beurteilung der damaligen Vorgänge kommt man aber doch zu dem Resultat, daß zwar nach außen die Verhandlungen des Kölner Parteitages über die Gewerkschaftsfrage keinen günstigen Eindruck gemacht, aber nach innen reinigend auf die Gewerkschaftsbewegung gewirkt haben. Deshalb blicke ich nicht mißvergnügt auf sie zurück: beginnt doch der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Jahre 1893; hatten doch gerade diese Verhandlungen der Ueberzeugung in den Kreisen der Genossen Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaftsbewegung gefördert werden müsse. Ueber die innere Ausgestaltung der Gewerkschaften will ich nur anführen: 1891 hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 4,02 M. pro Kopf, 1903 eine Einnahme von 18,50 M. Der Kassenbestand betrug 1891 425 000 M., pro Kopf 1,53 M., 1903 aber 16 109 000 M., pro Kopf 14,59 M. Auch die innere Festigkeit hat gewonnen. Zwar konnten zwischen einzelnen Gewerkschaften Grenzstreitigkeiten vor, aber das ist ja nur Familienreit, und nach außen stehen die Gewerkschaften in vollster Einmütigkeit und Geschlossenheit da. So können wir mit Genugtuung auf diese Entwicklung zurückblicken, aber zufrieden sind wir bei alledem nicht! (Zustimmung.) Zufrieden sind wir nicht, denn noch stehen Willkuren der Bewegung fern, die herangezogen und organisiert werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, wie viel noch zu tun ist, bis wir uns Anerkennung von allen Stellen verschafft haben. Jedes Recht reicht nur soweit, als Macht dahinter steht, und diese Macht wollen wir uns erobern. Einladungen sind ergangen zunächst und selbstverständlich an den Oberbürgermeister von Köln, an das Oberhaupt der städtischen Verwaltung, die uns diesen schönen Saal zur Verfügung gestellt hat, und weiter auf Wunsch des Lokalkomitees auch an die Gewerbeinspektoren des Bezirks. Zum Stuttgarter Kongreß hatten wir das Reichsamt des Innern eingeladen. Diesmal aber haben wir von der Einladung abgesehen. (Lebhafte Zustimmung.) Graf Posadowsky hat im vorigen Jahre unsere Einladung zum Heimarbeiterkongreß „wegen Zeitmangel“ abgelehnt. Dagegen ist er im April 1905 persönlich auf der Generaterversammlung des Gewerbevereins der christlichen Seimarbeiterinnen erschienen, der 3100 Mitglieder zählt. Angesichts dieser Tatsache sind wir bei Ueberzeugung geworden: es widerspricht der Ehre der deutschen Gewerkschaften, an diese Stelle noch einmal eine Einladung zu schicken. (Lebhafte Zustimmung.) Das Fehlen eines Vertreters der Regierung wird unseren Verhandlungen keinen Abbruch tun. (Beifall.)

Partels, Arbeitersekretär von Köln, begrüßt sodann die Delegierten und Gäste im Namen der organisierten Arbeiterkraft Kölns. Auch hier haben sich die Gewerkschaften eine achtunggebietende Stellung erworben. Von 1900 auf 1900 ist innerhalb zehn Jahren die Zahl der freigeorganierten Arbeiter gestiegen. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir auch Köln noch erobern werden. Hat doch der große Kampf im Ruhrrevier gezeigt, wie weit hinein in die Reihen der christlichen Arbeiter der Gedanke gedrungen ist, daß es nur eine Arbeiterorganisation geben darf. In dieser Siegeshoffnung heiße ich Sie nochmals willkommen.

Darauf konstituiert sich der Kongreß. Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten werden einstimmig gewählt: Bömelburg Wauer und Legien Generalkommission und als Schriftführer Deinhardt-Stuttgart (Holzarbeiter), Winkelmann-Bremen (Wäcker), Reichelt-Gremity (Textilarbeiter), Dreher-Berlin (Transportarbeiter). Weiter wird noch eine fünfgliederige Mediationskommission gewählt bestehend aus den Kollegen Knoll, Sabath und Umbreit-Berlin, Paetzborg-Hamburg und Bringmann-Bremen sowie eine Mandatprüfungs-kommission.

Bömelburg übernimmt den Vorsitz und wird zunächst die Tagesordnung festgesetzt. Der Kongreß heißt die von der Generalkommission aufgestellte Tagesordnung für gut und setzt noch als weiteren Punkt die Stellungnahme der Gewerkschaften beim Hebertritt von Mitgliedern, die aus anderen Organisationen zu den freien Gewerkschaften kommen oder auch beim Hebertritt aus einer in die andere Gewerkschaft fest.

Legien erstattet darauf den Bericht der Generalkommission und hebt einige Punkte besonders hervor, die er einer gründlichen Diskussion empfiehlt. Da ist zunächst die Frage der gewerkschaftlichen Unterrichtsfrage. Der Stuttgarter Kongreß 1902, der letzte Gewerkschaftskongreß, hat die Resolution zu ihren Gunsten angenommen. Aber wieder das Projekt Nihilis, das vor allem die Kenntnis der deutschen Sprache fördern will, noch das Projekt Sassenbach, das die Gewerkschaftsbeamten in vier bis sechs wöchentlichen wissenschaftlichen Kursen in Berlin auszubilden will, hat die Generalkommission befriedigt. Sie erwartet praktische Vorschläge von diesem Kongreß. Denn das Ziel ist wünschenswert; es beginnt in den Gewerkschaften an der notwendigen großen Zahl von brauchbaren Verwaltungsbeamten zu fehlen. Die Menge der statistischen Arbeiten der Generalkommission darf die Verbände nicht reuen. Nicht die einzelnen Riffern, wohl aber die Schlusszahlen sind notwendig für die Arbeiterbewegung. — Ein italienischer Konsul in Saarbrücken warb italienische Streikbrecher an. Auf die offizielle Beschwerde der Generalkommission, die von dem Führer der italienischen Gewerkschaften dem Abg. Cabrini, unterstützt wurde, hat der italienische Minister des Auswärtigen anerkannt, daß dies unzulässig sei. Mitten um Mittel zum Bau eigener Lokale lehnt die Generalkommission grundsätzlich ab. Wo kein einziges Lokal der Arbeiterkraft zu Versammlungen erobert werden kann, wird sie an allerersten Stelle im Auge sein, ein eigenes Lokal zu halten. Arbeiten doch selbst in den größten, organisationsreichsten Städten die Gewerkschaftsanhänger nicht mit Hebertritten. Wollte die Generalkommission alle Anträge auf Bau eigener Gewerkschaftshäuser annehmen, so müßte sie ebenso viele Millionen in der Kasse haben wie jetzt Hunderttausende. Die Generalkommission ist aber bereit, schwachen Organisationen einen Lokalmietzuschuß zu geben. — Nach dem Beschluß des Frankfurter Kongresses auf Unterstützung von Arbeitersekretariaten traten sehr viele derartige Anträge an die Generalkommission heran. Aber wenn die Arbeiter eines Ortes ein Verlangen nach Rechtsauskunft oder Rechtshilfe haben, sollen sie auch dafür bezahlen und nicht die Gesamtheit der Arbeiter belassen. Nur wo die Arbeitersekretariate nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Agitation sind, wo die Anweisung besteht, daß die wachsende Organisation die Kosten bald selbst bezahlen kann, ist die Generalkommission bereit, Arbeitersekretariate einzurichten. (Beifall.)

Es folgt nun die Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission, zu dem 18 Anträge vorliegen und auch in der Mehrzahl unterstützt werden, sodas sie mit zur Verhandlung stehen. Von diesen Anträgen ist für unsere Gewerkschaft der wichtigste, die Anstellung eines besoldeten Beamten für Rheinland und Westfalen, der die Aufgabe haben soll, alles Material, was von den gegnerischen Organisationen gegen die freien Gewerkschaften zusammengetragen wird, zu sammeln und es den Referenten und Gauleitern der einzelnen Organisationen zugänglich zu machen.

Muth-Köln, Wauer, begrüßt den Antrag eingehend. M. Gladbach führe einen systematischen Kampf gegen die freien Gewerkschaften, nicht als christliche Gewerkschaft, sondern im Dienste des Zentrums gegen die Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften brauchen deshalb in Rheinland-Westfalen einen Mann, der sie geistig unterstützen könne und nicht durch Kleinarbeit überlastet sei.

Es sprechen noch eine ganze Reihe Delegierte, teils dafür, teils dagegen.

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über den Bericht der Generalkommission wird fortgesetzt. Es kommt zu einigen lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Schneider und der Wäckerarbeiter über die „Grenzstreitigkeiten“. Dieser Punkt hat auf der früheren Kongressen stets eine bedeutende Rolle gespielt. Die Schneider wollen den Wäckerarbeiterverband mit dem ihrigen verschmelzen haben, was von der andern Seite beknüpft wurde. Der Kongreß glaubte jedoch, die Verschmelzung nicht dekretieren zu können, sondern diese müße mit der Zeit von selbst kommen.

Legien weist in seinem Schlußwort die einzelnen Vorwürfe, die der Generalkommission gemacht wurden zurück und wendet sich dann gegen den „Proschürenantrag“, nachdem Material gegen die Christlichen und Hirsch-Dunkerischen gesammelt werden soll. Wenn die Christlichen und Hirsch-Dunkerischen solche Proschüren gegen uns herausgäben, so stellen sie sich auf den Boden der Judthausvorlage, schaffen neues Material für diese heran. Im letzten Rechenschaftsbericht der christlichen Zentrale handelten wieder fünf Spalten nur von dem „Terrorismus“ der Gewerkschaften. (Beifall.) Aber soviel dürfen wir uns die Christlichen nicht wert sein, daß wir um ihre Willen unser Prinzip aufgeben, indem wir Material gegen sie zu schaffen scheinen, in Wahrheit Material gegen die Arbeiterbewegung selbst schaffen. Bei den Christlichen und Hirsch-Dunkerischen sei die Verleumdungssucht ja nicht eine Jugendkrankheit, sondern ein konstitutioneller, unheilbarer Fehler. Ihm schein man überhaupt der christlichen Arbeiterbewegung viel zu große Bedeutung beizumessen. Sie konzentrierte ihre ganze Kraft hier in dem einen Bezirk. Konzentrierten die freien Gewerkschaften so ihre Macht, so würde es in dem Bezirk auch nicht einen Andersgeimmten mehr geben. Wir sind überzeugt, von dem, was wir wollen, und haben uns noch nie gefürchtet. Aber die christlichen Organisationen reannen uns sicherlich nicht über den Haufen. Sie werden neben uns stets nur Nebenkräfte sein. (Lebhafte Bravo!)

Mehrere Anträge werden der Generalkommission zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag auf Herausgabe von Proschüren gegen die Christlichen usw. wird glatt mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die Resolution der Schneider, nachdem der Antrag auf namentliche Abstimmung 29 statt der erforderlichen 30 Stimmen Unterstützung gefunden hat.

Zum Punkt Streikunterstützung und Streikreglement liegen zahlreiche Anträge vor. Die einen wollen, daß die Generalkommission dem nächsten Kongreß das Statut einer gemeinsamen Unterstützungs-kasse für außergewöhnlich große Streiks vorlege, die anderen legen schon jetzt ein solches Statut vor, und die dritten fordern mindestens daß bei den öffentlichen Sammlungen für Streikende allein die Generalkommission das Recht der Kontrolle und der Verwendung der Hebertritte hat.

Dronke-Berlin (Töpfer): 1900 kam unser Verband durch die großen Streiks zu Bielefeld und Dresden an den Rand des Verderbens.

Er ging aus dem Streik mit Bergen Schulden, der Arbeiterband aus einem mit Bergen Gold. Das jetzige System ist längst unhaltbar. Süßsch. Berlin (Textilarbeiter): Wir haben bei dem jetzigen Sammelstiftensystem unsern Vorteil gefunden, aber verwerfen es doch. Wir haben uns nach dem Grimmitzauer Streik rechtlich Mühe gegeben, das Geld, das überblieb, anderen Streitenden zugute kommen zu lassen. Die Textilarbeiter sind ja arm und können nicht viel für andere sammeln; aber wenn der Kongreß erklärt, daß es nicht so weiter gehen wie bisher, so haben wir einen günstigen Standpunkt gegenüber unseren Mitgliedern in der Frage der Beitragsverhöhung. Sächse. Vöckum (Bergarbeiter): Die jetzigen Zustände haben zu einer Akumulierung geführt, die nicht noch drei Jahre länger dauern darf. Deshalb muß schon dieser Kongreß die Entscheidung treffen. Wenn die Textilarbeiter ein Wortwort daraus gemacht wird, daß sie beim Grimmitzauer Streik den Ueberfluß für sich behalten haben, so trifft beim Bergarbeiterstreik die Gewerkschaftskarte die gleiche Vorwurfs. Noch jetzt haben sie den Ueberfluß der Sammlungen nicht an uns abgeteilt. Einzelne haben sogar noch direkt Unterstützungen an die Ausgesperrten gezahlt, jedoch einer 32 Mk. Unterstützung bekam. Wir wollen keinen Ueberfluß machen; was wir übrig behalten, liefern wir an die Generalkommission zurück. (Bravo!)

Damit Schluß der Nachmittagsitzung.

**Zweiter Tag.**  
**Vormittagsitzung.**

**Bismarck** eröffnet und leitet die Verhandlung. Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission erstattet Waffm. Berlin (Buchdrucker) Bericht. Die 216 Mandate werden sämtlich für gültig erklärt. Darauf wird in den Verhandlungen fortgefahren und zunächst über die Regelung der Unterstützungsfrage bei Streiks beraten. Es liegen hierzu mehrere Vorschläge vor, von denen die einen die bisherigen Bestimmungen für große Gewerkschaftskämpfe durch ein festes Beitragssystem zu ersetzen fordern. Einige Medner wollen die Frage erst auf dem nächsten Kongreß vornehmen. Andere wieder fordern, daß Ueberflüsse aus derzeitigen Sammlungen der Gewerkschaftskommission verbleiben und zum Grundstock eines außerordentlichen Kampffonds werden sollen.

**Sichorn** (Karlruhe) (Waser) hält für das wichtigste die Erziehung der Mitglieder jedes Berufes zur Opferwilligkeit; zur Messung der festgestellten Ueberflüsse scheint ihm die Bestimmung zu genügen, daß nur die Generalkommission, nicht die einzelnen Gewerkschaftskarte oder Verbände sammeln dürfen.

**Hilsmann** (Frankfurt a. M.) (Maurer) fürchtet, daß die Möglichkeit, Kampfs auf Kosten der Allgemeinheit zu führen, die Gewerkschaften verführen werde, von eigenen Opfern abzugehen. Kampfe wie der Grimmitzauer und der Bergarbeiterstreik müssen für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Wer einen Kampf führen wolle, der solle auch die Opfer dafür auf die eigenen Schultern nehmen. (Zustimmung.)

**W. Freund** (Hamburg) (Hauerbeiter) zeigt an den Zahlen seines Verbandes, wie trotz eifriger Bemühung es einer Organisation unmöglich gemacht werden kann, die wirtschaftlich notwendigen Kampfs stets aus eigenen Mitteln zu führen. Die Gewerkschaftskommission habe ihnen auf ihre Bitten 10000 statt 20000 Mk., ein anderesmal 6000 statt 10000 Mk. geliefert, sie das dritte Mal aber aus Mangel an Mitteln abgewiesen. Dieser Zustand des Geldmangels konnte daher, daß 84000 Mk. ausgesetztes Geld noch nicht zurückgezahlt seien.

**Vorhölzer** (Stuttgart) (Metallarbeiter): Alle eingebrachten Anträge sind für uns unannehmbar. Wir können und nicht festlegen auf die Sanktionierung der Gleichgültigkeit gegenüber der Schwäche des eigenen Verbandes. Immerhin können überraschende Kämpfe Unterstützungen notwendig machen. Da ist z. B. beim Bergarbeiterstreik die hierfür allein zuständige Generalkommission viel zu spät gekommen. Auf der anderen Seite hat sie nicht, wie es richtig wäre, bei solch einem unterstützten Streik ein Bestimmungsrecht über die Taktik für sich in Anspruch genommen. In 20 Jahren wird man nicht gut machen können, was in den sechs Wochen Bergarbeiterstreik durch Neutralitätsdekrete gerade an dieser schwarzen Geste gefündigt worden ist. (Murmur). Die Ueberflüsse sollten sofort an die Generalverbände zurückgegeben werden, und deren Vorsitzende sollten ein Aufsichtsrat über die Verwendung der gesammelten Summen bekommen, damit nicht durch Mittel der Allgemeinheit einzelnen Gewerkschaften die Klassen gefüllt werden. (Beifall und Widerspruch.)

**Geisige** (Dresden) (Holzarbeiter) macht auf den Gesichtspunkt aufmerksam, daß öffentliche Sammlungen die Chancen der Gewerkschaftskämpfe vermindern, denn mit dem Herausgehen an die Öffentlichkeit werde ein solcher Kampf zur Machtfrage gestempelt; in diesem aber werde den Unternehmern der Mut gestärkt, weil die öffentlichen Sammlungen ihnen zeigen, daß die Organisation nicht mehr genügende Mittel hat.

**Kirschnick** (Berlin) (Maschinen) hält gegenüber dem zentralorganisierten Unternehmertum denn doch größere Widerstandsfonds für nötig, als die einzelnen Gewerkschaften aufbringen könnten. Schließlich sei doch der Wettlauf nicht das ideale Abgehen eines Gewerkschaftsführers.

**Meichel** (Stuttgart) (Metallarbeiter): Alle Anträge auf einen Generalfonds würden nur das Vorwärtstreben der einzelnen Organisationen hindern. Die Ansparungen des Unternehmertums seien doch nur eine indirekte Anerkennung der Macht der Gewerkschaften, ein trauriges Produkt der hilflosen Verlegenheit.

**Brückner** (Berlin) (Buchdrucker): Wenn die Generalkommission die gemeinsame Sparbilche hat, wird ständiger Streik um die Verteilung der Gelder sein. Medner empfiehlt daher das bisherige System der Sammlungen, die einheitlich von der Generalkommission, aber nicht von der Partei geleitet werden sollen.

**Steinbrink** (Eberfeld) (Textilarbeiter): Zum ersten Mal habe ich heute den Vorwurf gehört, daß wir die Geldkämpfer von Grimmitzau zu hoch unterstützten hätten; bisher las man stets das Gegenteil. Die Textilarbeiter haben gewiß nicht das Prinzip, ihre Kämpfe auf fremde Kosten führen zu wollen.

**Leipart** (Stuttgart) (Holzarbeiter): Ich halte es doch für notwendig, noch einmal zu konstatieren, daß die Verwendung der übriggebliebenen Sammelgelder durch den Textilarbeiterverband zu seinen Gunsten einen recht peinlichen Eindruck in der Gewerkschaftsbewegung gemacht hat. — Die deutschen Gewerkschaften hätten sich innerlich nie so angebahnt, wenn nicht der Berliner Kongreß mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten hätte, daß jede Gewerkschaft ihre Streiks selbst bezahlen müsse. Deshalb werden wir auch nicht dulden, daß auf einem Unweg ein Zentralfonds geschaffen wird.

**Schleef** (Hamburg) (Hafenarbeiter): Weder Grimmitzau noch der Bergarbeiterstreik waren leichtfertig. Beide Gewerkschaften sträubten sich auch nicht gegen Opfer; nur drückte auf sie die Waffe der Unorganisierten. Die Arbeiterloyalität muß sich betätigen, solange die isolierten Unternehmern, noch dazu im Bunde mit den Behörden, uns alle bedrohen.

**v. Elm** (Hamburg): Ich habe vor zehn Jahren den Entwurf der Generalkommission begründet, der einen allgemeinen Streiffonds schaffen wollte. Soweit, wie wir es damals wollten, sind wir auch heute noch nicht, aber sind auf dem Wege der Besserung. Die Organisationsindividualisten, die damals das große Wort führten, haben heute schon in anderen Tönen geredet. Sie haben doch schon die Ueberzeugung, daß eine Regelung geschaffen werden muß, wenn sie auch nur mit äußerster Vorsicht vorgehen wollen. Was gegen den allgemeinen Streiffonds eingewandt wird, trifft nicht zu. Wenn behauptet wird, die Gewerkschaften hätten dann die innere Entwicklung nicht gehabt, so wird übersehen, daß ja gar nicht vorgeschlagen war, die Streikunterstützung solle lediglich durch die Zentrale erfolgen. Es war garnicht geplant, daß aus dem allgemeinen Streiffonds ohne jede Voraussetzung geschöpft werden sollte. Der innere Ausbau der Organisation, die Verfügung über eigenes Geld, sollte diese Voraussetzung sein. In England hat sich ein solch allgemeiner Streiffonds in der

Praxis sehr gut bewährt. Aber es gibt ja auch noch einen anderen Weg, den uns die Dänen gezeigt haben: sobald ein Kampf eintritt, werden unter bestimmte Voraussetzungen allgemeine obligatorische Beiträge erhoben. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, daß wir diesen Weg auch in Deutschland beschreiten werden. In Frankreich ist die grundlegende Bestimmung: nicht erst dann, wenn ein Streik im Gange ist, sondern vorher, bevor die Forderungen noch gestellt sind, hat man sich mit der Zentrale in Verbindung zu setzen. (Sehr richtig!) Eine weitere Voraussetzung ist: die Organisation muß inlande sein, einen bestimmten Prozentsatz der Mitgliederzahl im Streikfall zu unterstützen. Schließlich ist noch bestimmt, daß jeder Kampf nur bis zu dreizehn Wochen unterstützt wird. Wird darüber hinaus noch Unterstützung verlangt, so hat vorher erst die Allgemeinheit zu entscheiden. Das gegenwärtige System der allgemeinen Sammlungen stützt nur die Widerstandskraft der Unternehmern, die bei allgemeinen Sammlungen sich immer sagen: die Streikenden stehen am Ende ihres Vorrats. Wenn das Geld, das für Grimmitzau am Ende der Aussperrung vorhanden war, am Anfang dagewesen wäre, die Unternehmern hätten es sich zweimal überlegt, bevor sie den Kampf begonnen hätten. (Behaftete Zustimmung.)

**Polorny** (Zuidau) (Bergarbeiter): Es ist sehr wohltuend, mit entgegengesetzten Vorkürfen bedacht zu werden, wie es uns Bergarbeitern von Dortmund aus geschehen ist. Wenn der stolze Metallarbeiterverband aus den Industriezentren hinaus in die westlichen Bezirke gehen wird, kann es ihm auch passieren, daß er an die Allgemeinheit appellieren muß. (Sehr richtig!) Uns Bergarbeiter hat der Streik genutzt. Unsere nächste Generalversammlung wird die Beiträge um hundert Prozent erhöhen (Bravo!) und 60. bis 70000 Bergarbeiter sind bereit organisiert. Wir sind also nicht undankbar für die allgemeine Unterstützung.

**Sächse** (Vöckum) (Bergarbeiter) bestreitet, daß aus dem von ihm mitgeteilten Einzelfall, in dem sich die unberufenen Kartelle hineingemischt hätten, gefolgert werden könnte, daß bei der Unterstützung im Bergarbeiterkampf Kundschaften geherrscht habe. Nur zum Schluß, als das Geld ausging, und nur noch in äußersten Fällen Notunterstützungen gegeben werden konnten, sei eine Unordnung hervorgerufen worden. Medner wendet sich dann gegen die Neuerung Vorhölzers, die Taktik des Bergarbeiterverbandes habe der schwarzen Garde den Rücken gesteuert. Er führt aus: Niemand kann uns vorwerfen, daß wir uns nicht offen und ehrlich gegen den Streik gewandt haben. In den entscheidenden Versammlungen am 9. und 10. Januar habe ich gekämpft, wie es mir in meinen Kräften stand. Trotz allen Beifalls, den ich bekam, unterlag ich. Und da gab ich den Bergarbeitern mein festes Versprechen: „was in unseren Kräften steht, werden wir tun, um Euch zum Siege zu verhelfen.“ Wie standen wir nun am Anfang des Streiks? Von 270000 Bergarbeitern waren 60000 in unserem Verbande organisiert, daneben 40000 in christlichen und 10000 im politischen und kirchlichen Verein. Welcher Vorwurf wäre uns gemacht worden, wenn wir mit ihnen nicht zusammengegangen wären? Unter den christlich Organisierten war die Streikluft fast ebenso groß wie bei uns. Aber die Leitung war entschieden gegen den allgemeinen Streik. Dätten wir uns nicht mit ihnen verständigt, so hätte es eine allgemeine Verwirrung, Panik und Streit gegeben. Wir glauben eben, da wir mitten in der Bewegung standen, die Verhältnisse besser zu kennen, als die Stuttgarter und Dresdener. Und wer jetzt den Ausgang nicht und die Situation des christlichen Gewerksvereins und der Zentrums-partei, der wird wohl anders urteilen als Vorhölzer und Schlegel. Warten wir ab, wie es ausfallen wird. Wir haben dem christlichen Gewerksverein gesagt: „Ihr werdet von der Regierung gehänselt. Zeigt, was Ihr könnt, wenn Ihr an der Spitze steht.“ Die Christlichen haben auch garnichts erreicht. Aber die Mitglieder haben eingesehen, daß mit der Leisetreterei nichts zu erreichen ist. Deshalb sind die Christlichen weitergegangen und haben mit uns den allgemeinen Arbeiterkampf aufgenommen. Ich gehe aus ganz bestimmten Gründen nicht weiter auf diese Frage ein. Aber selbst die Kritiker, die heute noch vorhanden sind, werden am Schluß uns recht geben. (Bravo!)

**Cohen** (Berlin) (Metallarbeiter): Ich würde es mir nicht gefallen lassen, daß man hinterher weise Lehrenreden zu den Streiks hat, will mirreden, auch wenn er garnichts versteht. Medner tritt dann im Arbeiterverband schwer verständigt. Jetzt sollte man schon mit Rücksicht auf die W.G.-Ausperrung die Unterstützungsfrage genau regeln.

**Döblin** (Berlin) (Buchdrucker): Wenn wir die Ursache der Anträge in Betracht ziehen, so finden wir, daß nicht der Mangel an Mitteln bei Streiks die Ursache ist, sondern die Tatsache, daß zuviel Geld eingekommen ist. (Heiterkeit.) Es handelt sich lediglich darum, diesen Ueberfluß zu beseitigen. Daß ein Mangel an Solidarität nicht besteht, hat der Grimmitzauer Streik bewiesen. Was den Bergarbeiterstreik betrifft, so können solche Streiks, wo Hunderttausende in Frage kommen, mit Geld überhaupt nicht aufrecht erhalten werden. (Sehr richtig!) Ganz verfehlt wäre die Schaffung eines allgemeinen Streiffonds. Die Selbständigkeit der Organisationen muß gewahrt werden. Hüten wir uns auch vor Schlagworten. So meinte der Medner, die Unternehmern gingen darauf aus, uns das Koalitionsrecht zu nehmen, und wies auf die Aussperrungen hin. Wenn wir aber den Klassenkampf anerkennen, dann können wir uns doch nicht wundern, wenn die Unternehmern sich wehren. Das ist doch noch kein Raub des Koalitionsrechts. Der Medner schließt sich dem Standpunkt Leiparts an. Als Depot für überflüssige Gelder müßte die Generalkommission dienen, die Verwendung der Gelder dürfte nur im Einverständnis mit den Zentralverbänden erfolgen.

In der Abstimmung werden folgende prinzipielle Richtlinien angenommen:

1. Der Kongreß macht es allen Gewerkschaften zur Pflicht, ihre regelmäßigen Beiträge so hoch festzusetzen, daß sie auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbständigkeit sichern, und bei der Beschlußfassung über Streiks im Rahmen der eigenen Leistungsfähigkeit zu halten. (Einstimmig.)
2. Die Generalkommission erhält das Recht, in Verbindung mit den Zentralverbänden in ganz besonderen Fällen Sammlungen auszusprechen. (Einstimmig.)
3. Die Sammlungen sollen möglichst durch Extrabeiträge aufgebracht werden. (Gegen eine große Minderheit.)
4. Die Generalkommission wird Zentralfonds für die gesammelten Gelder. (Gegen eine große Minderheit.)

Die Frage, ob auch die Partei Sammellisten ausgeben soll, wird einer Vereinbarung der Generalkommission mit der Partei überlassen. Zur Ausarbeitung der gefassten Beschlüsse wird eine Kommission von 15 Mitgliedern eingesetzt.

**Nachmittagsitzung.**

Der Kongreß wendet sich der Frage des Heimarbeiter-schutzes und der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Meister zu. **Stühmer** (Berlin) (Schneider) erinnert daran, daß der Heimarbeiterkongreß dem Gewerkschaftskongreß zwei Anträge über-wirkamen Agitationsmaterialien gegen die Heimarbeiter und den, alle zwei Jahre einen Heimarbeiterkongreß einzuberufen und die Kosten dafür auf die Generalkommission zu übernehmen. Der Medner stellt die Beschlußfassung über diese Anträge anheim. Seinerseits empfiehlt er folgende Resolution, die auf die Beschlüsse des Heimarbeiterkongreßes Bezug nehmen.

**Börsch** (Berlin) (Lagerhalter): Noch viel gefährlicher als das alte patriarchalische System ist das neue der „Wohlfahrts-einrichtungen“ der Unternehmern. Dieses neue System in der Großindustrie hat die Gefahr herausbesprochen, da eine tiefe Kluft die Elite der Arbeiterklasse von ihrer großen Masse trennt. Der Saarpromer ist ein gutes Beispiel für die Abhängigkeit der Arbeiter in Lohnverhältnissen.

Die meisten Wohlfahrts-einrichtungen dienen nur dem Interesse der Unternehmern. Der Kost- und Logiszwang ist aber keineswegs beschränkt auf die Kleinbetriebe, sondern auch die moderne Großindustrie hat dieses veraltete System zum Zuge gemacht; die modernen Heimarbeiter unserer heutigen Industrie, die Meisterarbeiter, die proklamatorischen (Hem-, Woll- und Uebermagneten usw.) bedienen sich in steigendem Maße der Errichtung von Arbeiterwohnhäusern, um sich durch diese „Wohlfahrts-einrichtungen“ eine abhängige, widerstandsunfähige und billige Arbeitermasse zu sichern. In hygienischer und sanitärer Beziehung entsprechen die vom Unternehmer dem Arbeiter angewiesenen Wohnungen in den allermeisten Fällen nicht den besten und billigsten Anforderungen. Vom kulturellen, gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte aus ist daher der Kost- und Logiszwang beim Unternehmer zu bekämpfen. Als die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges empfiehlt der Kongreß: Durch Vorträge in Gewerkschaftsversammlungen und geeignete Artikel in der Presse sind die Arbeiter selbst über das Kulturwidrige und Entwürdigende dieses Systems aufzuklären. Aber auch das konsumierende Publikum ist in Wort und Schrift auf die gesundheitsschädlichen, oft elenderen Regenden Zustände, die sich häufig genug als indirekte Folge des Kost- und Logiszwanges in den Betrieben der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie ergeben, aufmerksam zu machen. Denselben Zweck haben die von den Berufsorganisationen aufzunehmenden Erhebungen, zu denen auch die Photographie mit Vorteil angewandt werden kann, zu dienen. Bei jedem Streik von Arbeiterkategorien, bei denen der Kost- und Logiszwang ganz oder teilweise noch vorherrscht, ist die Forderung auf die Befreiung desselben mitzustellen. Schließlich ist auf Grund des vorhandenen und noch zu sammelnden Materials in systematischer Weise die öffentliche Meinung, die Volkvertretung und die Regierung zu beeinflussen, damit eine Aenderung der Gesetzgebung herbeigeführt wird, dahingehend, daß die Unternehmern verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen.

Als eine endgültige Regelung dieser Materie erfolgt, fordert der Kongreß die Gewerkschaftsorganisationen, einschließlich der Gewerkschaftskarte, auf, für strikte Einhaltung der bestehenden behördlichen, sanitären Vorschriften Sorge zu tragen bezw. auf Schaffung solcher zu dringen.

Indem der Kongreß die Kommission für Befreiung des Kost- und Logiszwanges mit der Erfüllung aller dieser Aufgaben betraut, erklärt er es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Kommission noch fernstehende gewerkschaftliche Verbände, soweit deren Angehörige ganz oder teilweise von dem Kost- und Logiszwang mit betroffen werden, dieser beitreten und sie materiell unterstützen.

In der Abstimmung wird die Resolution Stühmer und ein Antrag Wiesbaden, beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter zu fordern, einstimmig angenommen; ebenso die Resolution über den Kost- und Logiszwang. Die Generalkommission wird beauftragt, die Kommission im Bedarfs-falle zu unterstützen und nach Bedarf und Gelegenheit wieder einen Heimarbeiterkongreß einzuberufen.

Es folgt als letzter Punkt des Vorstandsberichts das „Korrespondenzblatt“. Verbunden damit wird Punkt 8 der Tagesordnung: Bericht über das Zentralarbeitssekretariat.

„Korrespondenzblatt“ liegen nur zwei Anträge vor, der eine wünscht eine Verlegung des Zeitpunktes für die Veröffentlichung des Adressenverzeichnis. Der Antrag wird nach entgegenkommenden Erklärungen von Begien und Umrecht der Generalkommission über-wiesen.

Reichsarbeitssekretär Robert Schmidt (Berlin) erhält sodann das Wort zu seinem Referat. Den Arbeitern fehlt meist die Rechtskenntnis, da die Schule sie ihnen nicht gibt. Auch ist fast kein Rechtsgebiet so kompliziert wie das Arbeiterrecht. Darin liegt Grund und Bedeutung der rasch zunehmenden Arbeitersekretariate. Ihre Hauptaufgabe ist Rechtsberatung und Unterstützung in Ausprüchen aus der Versicherungs-gesetzgebung. Sind doch Unzulänge, Invalide und Kranke, nur noch in der Lage, unergütlichen Rechtsbeistand zu nehmen. Auch vor dem obersten Gericht haben Sie jetzt in dem Zentralarbeitssekretariat eine Vertretung geschaffen. Ihre Tätigkeit hat sich nach verschiedenen Richtungen hin bemerkbar gemacht. Es ist merkwürdig, und liegt doch ganz im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, daß mit den wachsenden Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung die Regierung wächst, gegen sie Front zu machen. Systematisch ist in der Presse und in den Versammlungen der Glaube verbreitet worden, daß die Arbeiterssekretäre eine ungeheure Sucht nach Rente förderten. Wir sind in Gefahr, eine Nation der Rentenempfänger zu werden, schreibt das Blatt der Berufs-genossen-schaften. Und eine Witte des Reichsversicherungsamts schlägt die Knappschaffstasse in Vöckum ab, mit der Begründung, daß sie im Interesse gleichmäßiger Behandlung von wohlwollenden Erzeugnissen prinzipiell absehe. (Hört, hört!) Ja, die reichen Bergherren behandeln alle gleich, alle ohne Wohlwollen. (Sehr gut!) (Gegenüber solcher Bestimmung leidet der Arbeiter doppelt schwer unter den Mängeln des Verfahrens. In einem andern Verfahren erfährt der Kläger nicht, auf welche Unterlage hin er beurteilt worden ist. Man sagt, man wolle die Verletzten nicht durch Kenntnis des ärztlichen Gutachtens deprimieren. Aber warum enthält man es ihren Vertretern, ja sogar ihren Erben vor? Denn auch soweit ist die Rechtsprechung jetzt gekommen. (Hört, hört!) Der Verletzte hat auch kein Mittel gegen die geheimen Demunziationen „guter Freunde“ und „getreuer Nachbarn“, denn er erfährt sie nie. Jüngst fand ich vor dem Reichsversicherungsamt die Anzeige eines oberflächlichen Rechtskonsultanten, der seinen früheren Klienten als „schlimmsten Simulanten“ anzeigte, weil er ihm nicht das volle Honorar gezahlt hatte. (Hört, hört!) Dazu kommt die Einwirkung, die von gewissen Interessententreffen systematisch versucht wird bei Parlament, Regierung und Richtern, als ob die Arbeiter übertriebene Ansprüche frivol erhoben. Daß in dieser Weise gegen die Arbeiter Stimmung gemacht wird, müssen wir aufs entschiedenste bekämpfen. — Die erste Forderung einer im Interesse der Arbeiter geführten Verwaltung ist die unabhängige Stellung des Arztes, des wichtigsten Gliedes in der Ausübung der sozialpolitischen Gesetzgebung. § 69 des Unfallversicherungsgesetzes bestimmt, daß, wenn der Arzt in Vertrauensstellung bei der Berufs-genossen-schaft ist, ein zweiter Arzt zum Gutachten hinzuzuziehen sei. Aber die Rechtsprechung hat entschieden, daß ein Vertrauensverhältnis nicht in einem losen Honorarverhältnis zu erblicken sei, und diese an sich schon leicht zu umgehende Bestimmung dadurch ganz illusorisch macht. Wie man sie sonst noch umgehen kann, zeigt das Vergnamsheim bei Vöckum. Der Leiter dieses Instituts, das sehr nachteilig auf die Rentenhöhe einwirkt, Professor Voelker, tadelt den anderen beugntenden Arzt zu sich in sein Institut und überzeugt ihn dann kraft seiner überragenden Stellung, daß dessen dem Kranken günstiges Gutachten irrig sei. (Lachen.) So wird auch nicht der Schein der Unabhängigkeit der Arzte aufrecht gehalten. Und die Bergbehörde versucht auch nicht einmal, ihr Aufsichtsrecht zu gebrauchen, um das zu verhindern. So wirkt die Sippe des Ministers Wöllner, die ihn umgibt, der sozialpolitischen Gesetzgebung wie der Anwendung der sozialpolitischen Gesetze entgegen. Auch § 8 des Unfallversicherungsgesetzes, der bestimmt, daß, wenn strafbare Handlungen beim Unfall mitgewirkt haben, die Rente ganz oder teilweise entzogen werden kann, trifft mit voller Schärfe den Bergarbeiter. Denn nur bei den Verletzten gibt die Liebertretung der Fabrikordnung oder der polizeilichen Vorschriften, die bei ihnen deren Stelle vertreten, als „strafbare Handlung“. Diese Vorschriften werden vom obersten Bergmann bis auf den letzten Arbeiter unausführlich übertritten, damit schneller gearbeitet werden kann. Aber selbst in einem Falle, in dem ein Bergmann seinen Tod bei einer solchen Ueber-tretung gefunden hat, hat das Knappschaffststabsgericht in Vöckum entschieden, daß den Arbeitern einmal zu Gemüte geführt werden müsse, daß diese Uebertretungen auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

gericht hat dem Knappschaffststabsgericht in Vöckum die gleiche Uebertretung auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichs-

fassung dieser betrüblichen Entscheidung bestätigt, in dem das Leben eines Arbeiters geringer geschätzt wird, als die paar Groschen Mente. — Schwer leben die infolge eines Unfalls kranken Arbeiter unter dem Verdacht der Simulation. Denn in diesen Fällen, in der der Arzt allein entscheiden kann, ist er nicht nur Sachmann, sondern auch Mitglied der Kasse. In sehr seltenen Fällen bei dem Urteil des Arztes über die Arbeitsfähigkeit kranken Arbeiter die Stellung, meist die Abweisung gegen die sozialpolitische Befreiung mit. — Von den 173822 Personen vor dem Reichsversicherungsamt haben wir in über tausend, der Hälfte aller nicht von Rechtsanwältinnen wahrgenommenen Terminen, die Versicherten vertreten. Aber die Berufswissenschaften waren in 1199 Fällen vertreten! So wenig benutzen die Arbeiter noch ihre Institutionen. — Man klagt über eine Überlastung des Reichsversicherungsamtes und will die Zahl der Meldefälle künstlich herabdrücken. Solange noch die Militärpflicht in Deutschland mehr Kosten fordert, als das Reichsversicherungsamt, werden wir dem nicht zustimmen. — Für die Ersatzansprüche zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften ist das unbilligste Verwaltungsverfahren vorgeschrieben. Aber zu einem noch schlimmeren Uebelstand haben sich diese Ersatzansprüche dadurch entwickelt, daß bei diesem Streit der Arbeiter von der 13. Woche ab oft ohne jede Unterfütterung bleibt. — In der Invalidenversicherung ist vor dem Reichsversicherungsamt nur die Revision zulässig. Trotzdem haben sich manche Vorteile für die Arbeiter erzielen lassen, wenn sich nachsehen ließ, daß einseitig zu ihren Ungunsten gerichtet sei. Das größte Gewicht muß darauf gelegt werden, daß nicht etwa infolge der Arbeitslosigkeit oder unregelmäßiger Arbeit die Unvorsichtigkeit verloren geht, die auch durch Fehlen von 20 oder 40 Markten der niedrigsten Beitragsklasse erhalten werden kann. Denn mit dem Verlust der Unvorsichtigkeit auf die Rente schwindet auch die Aussicht auf das Selbstverfahren.

Daß der Bundesrat noch immer keine Verordnung zu ihrer Versicherung erlassen hat, ist ein kennzeichnendes Beispiel für den Stillstand unserer Sozialreform. Hat doch das Reichsversicherungsamt eine alte Frau, die sechs Jahre lang Wänge für einen Bäckermeister besorgte und 1,25 Mark pro Tag verdiente, als selbständige Unternehmerin eingeschätzt und ihr die Rente verweigert. (Hört! hört!) — Bei den Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden haben die Gewerkschaftskartelle trotz der großen Bedeutung der Sache vielleicht wegen der komplizierten Wahlverfahren wenig Verständnis und Interesse gezeigt. Besonders schieden alle Beziehungen zu den Krankenkassen, was mich nach den Schilderungen der Gegner sehr überraschte. Ich muß einen dringenden Appell an die gewerkschaftlichen Freunde richten, sich der Krankenkassenverwaltung mehr als bisher anzunehmen. Freilich in Nürnberg und anderen bayerischen Städten werden standstilliger Weise die Arbeitervertreter von den Magistraten ernannt. — Graf Posarowsky kündigte in diesem Jahre eine große Reform der Versicherungsgebung an, fügte aber hinzu, daß er nicht wisse, ob es noch erleben werde. Hagen und Jitterud geht so die Regierung in der Sozialpolitik vorwärts. Die Durchführung der großen Gesichtspunkte wird in weite Ferne gerückt. Wir haben von Anfang an den lebhaften Wunsch nach einer einheitlichen Gestaltung der Versicherungsgebung gehabt. Jetzt habe ich ebenfalls keinen lebhaften Drang nach dieser zentralen Organisation, weil ich stark fürchte, daß den Krankenkassen ihre Selbstverwaltung genommen werden wird. Diese haben aber die größten Kapitalien von allen Versicherungsanstalten und sind für die Arbeiter eine so wichtige Einrichtung, daß ich sie um keinen Preis den Unternehmern ausliefern würde. Sowie Angriffe gegen die Krankenkassen auch von Unternehmern und übelwollenden Ärzten gerichtet werden: Wir können unweigerlich feststellen, daß sie in jeder Beziehung ihre Aufgabe erfüllt haben.

Bei der Gründung des Reichsarbeitersekretariats ist beabsichtigt worden, es werde bei seiner Tätigkeit Schwierigkeiten bei den Behörden finden. Das ist nicht eingetroffen; seine Stellung kann für absehbare Zeit als gesichert gelten. Durch die Schaffung des Reichsarbeitersekretariats haben die Gewerkschaften wieder gezeigt, daß sie den Arbeiter Schutz und Schirm sind in gesunden wie in kranken Tagen. (Allseitiger anhaltender Beifall.) Eine Diskussion wird nicht gewünscht; die Entlastung der Generalkommission und der zugehörigen Institute wird einstimmig beschlossen. Schluß folgt.

**Internationale Gewerkschaftsbewegung.**

Im Bericht der französischen Gewerkschaften tritt uns — wenigstens nach dem Maßstab unserer deutschen Gewerkschaften gemessen — ein Bild gewerkschaftlicher Diszipliniertheit entgegen. Lokalorganisationen sind die vorhergehenden gewerkschaftlichen Gebilde, nur drei Berufe: Buchdrucker, Eisenbahnarbeiter und Post-, Telegraphen- und Telefonarbeiter haben Zentralverbände, die unseren ähneln. Der Bericht sagt selbst: „Die Franzosen halten an ihrer Unabhängigkeit fest. Sie fürchten vor allem die Disziplin; die hohen Beiträge, die jeder von ihnen an sein Syndikat bezug, an seine Föderation zahlen müßte, werden auf das heftigste bekämpft, und wenn er sich auch entschließt, einen normalen Beitrag an sein Syndikat (Lokalverein) abzuführen, so ist er doch nur schwer zu bewegen, einen solchen an die Föderation (Zentralverband) zu leisten.“ Die gewerkschaftliche Rechtsprechung in Frankreich zeigt sich dagegen in sehr vorteilhaftem Lichte gegenüber der in England. Diese wird von Gewerkschaften ausgeübt, die nach Ausmerzung eines alten Dekrets vom Jahre 1809 jetzt in ihrer Zusammensetzung und in der Art der Vertretungen den deutschen Gewerkschaften ähnlich sind, nur ihre Befugnisse sind noch größer. Sie beschäftigen sich mit allen Streitigkeiten, welcher Natur sie auch sind, zwischen Unternehmern und Arbeitern, also nicht nur auf Lohnfragen und solche des Arbeitsvertrages. Die Urteile der Gewerkschaften sind bei Objekten bis zu 200 Fr. definitiv. Berufung ist ausgeschlossen, was insofern für den französischen Arbeiter nicht von Vorteil zu sein scheint, weil die Urteile vielfach geeignet sein sollen, Opposition heranzuführen; jedenfalls haben die Gewerkschaften nicht den genügenden Einfluß bei der Wahl der Richter. Das Streit- und Koalitionsrecht ist gesetzlich erlaubt. Wenn auch die Arbeiter in gewissen Fällen bei Kontraktbruch Schadenersatzpflichtig gemacht werden können, so scheinen doch dergleichen Fälle selten vorzukommen, und weil nicht wie in England die Gewerkschaften und ihre Fonds für den Schadenersatz angegriffen werden können, hat die Sache weniger Bedeutung. Jedenfalls steht die Stärke und Einigkeit der französischen Gewerkschaften zu der ihnen gewährleisteten gegenseitigen Freiheit in argem Mißverhältnis.

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung wird in ihrer Entwicklung und Einheitlichkeit sehr gefördert durch zwei Strömungen innerhalb derselben. Die eine erwartet alles vom Parlamentarismus, die andere nichts. Diese Meinungsverschiedenheiten führten zur Gründung von mehreren Organisationen eines Landes, wenn schon der Bericht andererseits konstatiert, daß große Massen der Arbeiter schon zu der Überzeugung kommen, daß es zu einem Zusammenschluß in den Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf die politische Überzeugung, kommen muß. Auch große verlorene Streiks, in denen Eisenbahnarbeitern und Gemeindefunktionären, tiefen großen Misserfolg im Gefolge haben; hat doch auch das Niederländische Arbeitersekretariat\*) die Hälfte der früheren Mitglieder verloren. Dieses führt 47 Jahressverbände mit 6565 Mitgliedern ein und gilt als Zentrale der Agitation. Der Berichtsführer sagt selbst, daß in den Niederlanden nicht alles auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung ist, wie es sein könnte. Eine Klage gegen den anarchisierenden Einfluß mancher Arbeiterführer klingt aus dem Bericht heraus.

Dänemark bietet dagegen wieder ein erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Organisation, sind doch von den in der Industrie beschäftigten männlichen Arbeitern 75 Prozent, von den weiblichen 25 Prozent organisiert. Die Mehrzahl gehört den Zentralverbänden an, etwa der vierte Teil Lokalorganisationen. Schwer lastet jedoch seit 1900 eine wirtschaftliche Krise auf diesem Lande, die auf die Industrie und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ihren niederdrückenden Einfluß ausübt; wurden doch im Jahre 1902 durchschnittlich in jedem Monat zwischen 11 000—22 000 Arbeitslose gezählt, was bei 86 000 Mitgliedern eine sehr hohe Zahl ist. Demgemäß ist die Ausgabe für Arbeitslosen-Unterstützung von 138 000 Mark im Jahre 1899 auf 389 000 Mark im

Jahre 1902 gestiegen. Den Unternehmern ist damit vollkommener Anlaß zu Versuchen zum Lohnsenken gegeben, was ihnen aber bei der guten Organisation der Arbeiter selten gelang, denn der Bericht konstatiert, daß den schlechten Zeiten zum Trotz es gelungen ist, in einer Reihe von Gewerben Lohnverbesserungen zu erzielen, was durch einzelne Beispiele auch belegt wird.

Arbeitsverträge und gewerbliche Schlichtungsgerichte regeln die gewerblichen Streitigkeiten. Wo solche bestehen, darf kein Streik stattfinden wegen Fragen, die den Tarif angehen, solange der Tarif nicht aufgehoben oder geändert ist. Welche große Anzahl gewerblicher Streitigkeiten diese Schlichtungsgerichte, die natürlich paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, zu schlichten haben, ergibt sich daraus, daß in fünf Innungen und Vereinen in Kopenhagen in einem Jahre 185 Fälle zu erledigen waren.

Streiks wurden im Jahre 1902 37 geföhrt, wovon 21 durch Schlichtungsgerichte, dagegen 14 verloren wurden, beteiligt waren dabei durch Streik und Ausperrung 8800 Personen, Verlust an Arbeitstagen wurden 148 150 Tage angegeben.

Die dänischen Gewerkschaften waren zu verschiedenen Zeiten Gegenstand von Verfolgungen durch die Kirche auf Veranlassung der Unternehmern, namentlich solcher, die den kirchlichen Tarif nicht zahlen wollten, und deshalb mit der Gewerkschaft in Streit gerieten. Ihr Aufsturm galt der Presse. Sie wollten durch den Gerichtsvollzieher bei den Zeitungen dagegen Verbote niederlegen, daß weiter „bleibt noch indirekt“ etwas veröffentlicht werden darf, was das Verhältnis zwischen dem betreffenden Arbeitgeber und seinen Kollegen oder früheren Arbeitern betraf. Wohl ist das Schlichtungsgericht darauf nicht eingegangen, insofern als die Bekanntmachung nicht im Voraus verboten, wohl aber nach der Veröffentlichung als „widerrechtlich“ angesehen werden kann. Das haben die Unternehmern auszunutzen verstanden und auf Grund dieser „Widerrechtlichkeit“ Entschädigungsummen zugebilligt erhalten und auch das Streikpostenrecht als „widerrechtlich“ inaktiviert.

Durch die 16 sozialdemokratischen Vertreter im Parlament wurde eine direkte Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat verlangt; zwei Gesetzesvorlagen wurden eingebracht. Eine, die 500 000 Kronen zur Lebensunterstützung an die Gewerkschaften verlangt, kam zwar noch nicht zur Annahme, doch es steht zu hoffen, daß in einer von der Regierung eingesetzten gemischten Kommission ein greifbarer Erfolg herauskommt, bei ein konservativer Mitglieder des Hauses der Sache sympathisch gegenüberstehen.

Tritt eine bessere wirtschaftliche Konjunktur in Dänemark ein, so ist zu hoffen, daß die dänischen Gewerkschaften noch größere gewerkschaftliche Erfolge zu verzeichnen haben.

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung zeigt eine enge Nüherung mit der sozialdemokratischen Partei; eine kleine Separatorganisation, die rein gewerkschaftlich wirken will, mit einer bestimmten Abständnahme vom Sozialismus, existiert, die schätzungsweise nur ein paar tausend Mitglieder zählt, während die erstgenannten Gewerkschaftsverbände, 35 an der Zahl, 80 000 Mitglieder zählen. Das Jahr 1902 brachte einige größere Kämpfe, darunter ist der bedeutendste der der Eisenarbeiter, denen es gelang, nach neunmonatlichem Ausstand eine ganz vorteilhafte Vereinbarung zu erzielen. Ein Angriff der Unternehmer der mechanischen Werkstättenindustrie, durch den 14 000 Arbeiter außer Arbeit gestellt wurden, wurde mit Erfolg abgelehnt; die Organisation ging als vollständig ungebrochen aus diesem Kampf hervor.

Da ein allgemeines Wahlrecht in Schweden nicht existiert, haben die wenigen sozialistischen Vertreter im Parlament wenig Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung. Deshalb konnte 1899 ein Streikbrecherstrafgesetz eingeföhrt werden, das auch heute noch besteht, nach dem jemand, der einen Arbeiter durch Gewalt oder Drohung zur Arbeitsentlassung zwingt, oder ihn hindert, zur Arbeit zurückzuführen oder angebotene Arbeit anzunehmen, mit Zuchthaus bestraft wird. Lobend wird die Gewerbeinspektion erwähnt und von einer staatlichen Versicherung gegen Unfall und einer Altersversicherung berichtet.

**Zur General-Versammlung.**

**Diskussion über Beitragserhöhung.**

Durch den Generalstreik sind wohl ziemlich alle Kameraden zu der Überzeugung gekommen, daß die Beiträge bedeutend erhöht werden müssen, und kann dies meiner Ansicht nach nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Ich möchte nun vorschlagen, den Beitrag auf 20 Pfg. pro Woche weiter bestehen zu lassen, den Mitgliedern dieselben Unterstützungen zu gewähren wie bisher, nur könnte das Sterbegeld von 60 Mk. an lebende Mitglieder, welche Erwärmer einer Mutter sind und mit derselben zusammen leben, bei dem Tode der Mutter gezahlt werden. Um nun schnell zu einem Streikfonds zu kommen, müßte ein besonderer Beitrag von mindestens 1,00 Mark pro Monat, und zwar schon vom 1. Juli d. J. an erhoben werden, welcher jedoch, wenn ein Mitglied diesen Beitrag 18 Monate lang gezahlt hat und die Vergarbeit aufgibt, Invalide wird oder stirbt, zurück gezahlt werden muß, natürlich ohne Zinsen. Ich glaube dadurch würden wir die neuauftretenden Mitglieder so ziemlich alle dem Verbande erhalten. Dem Streikfonds würde, angenommen der Verband hätte 140 000 Mitglieder, bis Schluß des Jahres 1906 die schöne Summe von 140 000 x 18 = 2 520 000 Mk. zustießen, ohne daß auch nur ein Pfennig aus demselben hätte genommen werden brauchen, vorausgesetzt, daß in der Zwischenzeit kein Streik ausbricht. Der Beitrag diene zur Streikunterstützung und wäre auch als Sparkasse zu betrachten.

Für eine Krankenunterstützung sind die meisten Mitglieder, d. h. so weit ich in Erfahrung gebracht habe, nicht zu haben und zwar deshalb nicht, weil nach dem neuen Entwurf des Statuts die Unterstützung erst mit Beginn der dritten Krankheitswoche gezahlt werden soll. Bei einem eventuellen Streik würde der Fonds verbraucht werden müssen, und für spätere krankende Kameraden doch keine Unterstützung gezahlt werden könnte. Würde mein Vorschlag aber angenommen, dann müßte ein Mitglied, wenn der Fonds bei einem Streik verbraucht wäre, erst wieder volle 18 Monate gezahlt haben, bevor die Rückzahlung wieder beantragt werden könnte.

Der Beitrag würde sich jährlich auf 22,40 Mk. oder höchstens auf ungefähr 43 Pfg. stellen, ich denke diesen Beitrag kann ein jeder bei gutem Willen zahlen, und die Mitglieder werden auch gerne zahlen, wenn der Verband zu genügenden Gegenleistungen erbötig ist. Es kann uns durchaus nicht gleichgültig sein, wenn uns die Kameraden wieder den Rücken kehren. Mit Redensarten wie, wenn die Kameraden nicht zahlen wollen, ist der Vergarbeiterfackel nicht gedient, denn wenn ein Streik ausbricht müssen diese Kameraden auch unterstützt werden und zwar mit dem Gelde, was andere eingezahlt haben, oder sie würden zu Streikbrechern und dann wäre der Streik ganz sicher verloren. Möge die Generalversammlung alles prüfen und die Beitragserhöhung so regeln, daß an eine Erhöhung nicht so bald wieder gedacht werden braucht, zum Wohle der Gesamtbergarbeiterfackel.

**Altenbohum. J. F.**

Wenn man die Diskussion über die geplante Beitragserhöhung verfolgt, so sollte man beinahe glauben, daß die Bergarbeiter im Weiden schwimmen. Daß dem nicht so ist, wird wohl jeder Kamerad an seinem eigenen Leibe erfahren haben. Der Kamerad H. S. empfiehlt in Nr. 18 ein Eintrittsgeld von 1 Mk. und einen monatlichen Beitrag von 5 Mk. zu erheben. Dieser Kamerad hat wohl den Posten eines Ortskassierers noch nicht verlassen, sonst müßte er wissen, wie schwer es jetzt schon hält, die kumpeligen 80 Pfennige zusammen zu holen; wörlten wir auf einmal 5 Mk. erheben, ich glaube, es gäbe sehr viel Zahlstellen, wo nicht ein einziger Mann bezahlen würde, weil sie dazu gar nicht in der Lage sind. Es ist zu berücksichtigen, daß jeder denkende Arbeiter einer Partei zugehört, deren Organ er liest, ja auch Beiträge entrichtet, hierzu kommen noch notwendige Broschüren. Die Ausgaben hierfür würden mit dem von H. S. vorgeschlagenen Beitrag z. B. bis 7 Mark betragen. Zählt man nun von dem 90 Mk. betragenden Monatslohn das Knappschaftsgeld von 5 Mk. und die erwähnten 6 bis 7 Mk. ab, verbleiben der Familie nur noch 78 Mk. zum Lebensunterhalt, welches bei einer Beitragserhöhung berücksichtigt werden müßte. Ich bin kein Gegner einer Beitragserhöhung und gestehe ein, daß bei einem Beitrag von 20 Pfg. keine Gewerkschaft bestehen kann, aber in der Höhe, wie sie Kamerad H. S. vorschlägt, bin ich nicht zu haben; 20 Pfg. höchstens würden nach meiner Ansicht vorläufig genügen. Wenn bei den neu gewonnenen Mitgliedern und auch bei einem Teil der alten nach ein paar Jahren gewerkschaftlicher Schulung das Massenbewußtsein gestärkt ist, so können wir unsere Beiträge noch einmal erhöhen, denn verbessern müssen wir ja immer noch. Was die Kranken- und anderen Unterstützungsleistungen angeht, bin ich der Meinung, daß bei einer Beitragserhöhung auch etwas geboten werden muß, damit man bei der ewigen Frage: Was bietet uns der Verband? auch die direkten Vorteile aufzählen kann. Der Hinweis darauf, daß vorläufig nicht viel geboten werden kann, weil Millionen zusammen geschafft werden müssen, um

das Unternehmertum gefügiger zu machen, genügt nicht, die Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Was die vom Kameraden Weidner vorgeschlagene Reduzierung des Sterbegeldes betrifft, ist insofern richtig, als das Sterbegeld auf 20 Mk. herabgesetzt würde, da die ständigen Mitglieder doch einen Aufschuß aus der Knappschaftskasse erhalten. Durch diese könnte etwas gespart werden, was den anderen Unterstützungsleistungen zu gute käme. Nicht beizufügen kann ich dem Vorschlag des Kameraden H. W. betreffs Fehlen von Streckmarken, weil hier nur die überzogenen Kameraden davon Gebrauch machten, — denen so wie so schon die ganzen Arbeiten aufgebürdet werden, — während die gesamte Organisation den Nutzen davon zöge. Hier wäre nach meiner Ansicht ratsam, dem Vorstand die Verfügung zu erteilen, in der Zeit der Konjunktur Ertragsbeiträge anzuschreiben. Öffentlich findet die Generalversammlung den richtigen Weg zum Wohle der gesamten Bergarbeiterfackel. Mit Glück auf!

**Ottleben. G. B.**

Der letzte Ruhrbergarbeiterstreik hat Veranlassung zu unruhiger unterirdischer Polemik gegeben, unter anderem auch einer Verdächtigung der Eickener-Kommission, weil diese den Streikabbruch für nötig hielt. Warum diese so und nicht anders handeln konnte war vielen unklar, besonders aber den bis zum Streik keiner Organisation Angehörigen. Im überhaupt einem solchen Mißbrauch der Organisation, wie es beim verlassenen Streik von bis dahin Zahlreichen verbrochen worden ist vorzubeugen, wäre es wünschenswert, daß die Generalversammlung die Schließung der Mitgliederlisten vom Tage der Proklamation des Streiks ab, beschließen würde.

Nun zu den Meinungen einiger Kameraden in unserem Verbandsorgan. Wenn Kameraden erklären, durch Unterstützungsleistungen würde der Kampfcharakter des Verbandes abgeschwächt, so dürfen jene sich doch sehr irren. Betrachten wir uns als Gegenbeweis nur einmal die Unterstützungsleistungen einiger englischen Gewerkschaften, die doch sicherlich ganz erbitterte Kämpfe führten und so führen bereit sind. — Die Maschinenbauer zahlen 26 Wochen 10 Schilling, danach 6 Schilling Krankengeld an ihre Mitglieder; im Sterbefall des Mitgliedes 12 Pfund Sterling = 240 Mark; beim Tode der Frau 5 Pfund Sterling = 100 Mark; ferner bei Unfällen und Arbeitsunfähigkeit 60 bis 100 Pfund Sterling = 1200 bis 2000 Mark; desgleichen bei Arbeitslosigkeit, Auswanderung oder Verlust des Werkzeuges. Das gleiche gilt von den Dampfmaschinenbauern, Messerschmiedern und Eisenbahnbauern. (Dampfmaschinenbauer, Messerschmiede und Eisenbahnarbeiter zahlen beim Tode der Frau 8 Pfund Sterling = 160 Mark.) Die Steinmetzen zahlen nebst den anderen oben genannten Unterstützungen beim Tode des Mitgliedes durch Unfall sogar 60 Pfund Sterling = 1200 Mark. Solche Beispiele lassen sich noch viele aufzählen, jedoch glaube ich damit genügend die Behauptung, die Unterstützungsleistungen schwächen die Kampfeskraft des Verbandes ab, widerlegt zu haben.

Die Mitglieder der englischen Gewerkschaften zahlen aber auch einen entsprechend hohen Beitrag. Und weshalb? Weil die englischen Arbeiter eingeschlossen haben, daß ein Kampf mit der übermächtigen Kapitalistenklasse nur auf Grund einer gut gefüllten Kasse möglich ist. Auch ein großer Teil deutscher Arbeiter anderer Berufe haben dies erzieherische weise eingeschlossen und zahlen längst schon einen viel höheren Beitrag als wir anstreben. Lernen wir auch ferner von den Unternehmern selbst, welche sich zwecks Erreichung ökonomischer Vorteile in Syndikaten, Trusten, Ringen und Kartellen vereinigt haben, zu denen sie jährlich Millionen an Beiträgen zahlen. Wollen die Arbeiter, die absehbarer Zeit sich ein menschenwürdiges Dasein erringen, so müssen die Beiträge bedeutend erhöht werden.

Wenn jetzt von Kameraden eingewendet wird: Wir verlieren Mitglieder, oder wir verdienen zu wenig, um wöchentlich 50 Pfg. zu zahlen, so bemerke das für den ersten Fall, daß sie sehr kurzfristig sind oder sich zu wenig um die Gewerkschaftsbewegung kümmern, zweitens, es ihnen an dem nötigen Eifer fehlt. Tatsache ist, daß der Verband seit der Zeit wo er höhere Beiträge erhebt an Mitgliederzahl stets zunahm, wenn auch der Wechsel der Mitglieder unmerkbar ein großer war, doch war die Situation bei den niedrigen Beiträgen minder stark? Es ist überhaupt sehr bezeichnend, daß die Opposition gegen Erhöhung der Beiträge stets aus dem Ruhrrevier kam. Sollte es denn wahr sein, daß auch allen Voraussetzungen der Ruhrbergmann auch jetzt noch nicht aus seiner deutschen Wälders-Bettargie aufgezuckt ist? Wescher wir uns einmal den Eifer der mitteldeutschen und oberdeutschen Bergleute, diese die Ärmsten der deutschen Bergarbeiterfackel, zahlen außer dem Verbandsbeitrag, auch noch Ertragsbeiträge in ihre Lokaltassen zur Unterstützung ihrer notdürftigen und kranken Mitglieder; ferner wurden auf der Städtischen Generalversammlung eine ganze Reihe Anträge auf Erhöhung des Beitrages von den Delegierten dieser Reviere gestellt, wogegen der größte Teil der Ruhrrevierdelegierten wieder Einspruch erhob. Das muß endlich aufhören. Wollen wir etwas erzielen, müssen wir auch Opfer bringen, denn keine Rosen ohne Dornen. **Steele. J. H.**

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**

**Der Stein- und Braunkohlenbergbau Preußens im ersten Quartal 1905.** Zu Preußen befanden sich im ersten Quartal des laufenden Jahres 277 (9 mehr gegen das 1. Quartal 1904) Steinkohlenbergwerke in Betrieb. Die Kohlenförderung betrug 24 805 645 To. (weniger 3 919 204 To., gleich weniger 13,80 Prozent, der Kohlenabfall 29 073 204 To. (weniger 3 230 419 To., gleich weniger 12,28 Prozent). Die Belegschaftszahl betrug 444 307 (weniger 3770). Die Biffen spiegeln den Einfluß des Generalstreiks im Ruhrrevier wieder. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund, dem Hauptstreikort, blieb die Förderung gegen das Vorjahr um 28,55 Prozent, der Abfall um 28,42 Prozent zurück, während die Belegschaftszahl um 6792 sank. Braunkohlenwerke waren in der Berichtsperiode in Preußen 357 (2 mehr) im Betrieb. Die Förderung betrug 11 129 302 To. (687 482 To. mehr, gleich 6,53 Prozent mehr), die Belegschaftszahl 44 172 (656 mehr).

Die sozialistische Saargebirgen haben ihre ab 1. Juli gültigen „Nichtpreise“ für den Eisenbahnabfuhr bekannt gemacht. Preisermäßigungen sind nicht eingetreten, wohl aber ist gestiebes Fördereobole von Grube Kohlmald um 80 Pfg. pro Tonne teurer geworden. Durch seine hohen Kohlenpreise hat der Saargebiet schon die bestigste Kritik seitens der Handelskammer Saarbrücken erfahren.

**Wassföhrender Kohlenrevier.** Dem raschen Aufschwunge, den die Braunkohlenindustrie im ersten Vierteljahr 1905 auszuweisen hatte, ist ebenso schnell eine Flaute gefolgt. Denn nach dem amtlichen Ausweis für April hat die Förderung der 80 im Betrieb befindlichen Anlagen nur 169 199 To. betragen. Das ist eine so niedrige Fördermenge, wie sie seit drei Jahren nicht dagewesen ist. Gegenüber dem März ist ein Rückgang von fast genau 27 000 To. festzustellen. Auch die Brüterfabrikation nahm wieder ein langsameres Tempo an. Es wurden nämlich nur 33 174 To. Brüter hergestellt. Das sind über 4000 To. weniger als im Vormonat; allerdings immer noch 4000 To. mehr als im April 1904. Die Linguist der Witterung wirkte auch auf die Erzeugung von Kohlenziegeln ein; denn obwohl 20 Pressen im Betriebe standen, sind doch nur 6557 To. Preßsteine fertig geworden oder fast 5000 To. weniger als im Berichtsmontat des Vorjahres.

**Neue Steinkohlenfelder** sind in Lothringen bei Klein-Rosseln gefunden worden.

**Die Salzgewinnung im Oberbergamtsbezirk Halle im ersten Quartal 1905:** An Steinsalz wurden im Regierungsbezirk Magdeburg in einem Werke mit einer mittleren Belegschaft von 418 Mann zusammen 80 952,742 To. gewonnen. Im Regierungsbezirk Erfurt wurden in einem Werke mit einer mittleren Belegschaft von 50 Mann 8066,782 To. gefördert. Für die gleichen Werte, also Zahl der beteiligten Werke, mittlere Belegschaft und Förderung, stellen sich die Zahlen für Kottbus im Regierungsbezirk Magdeburg folgendermaßen: 8 Werke, 4377 Belegschaft, 531 218,852 To. Förderung; im Regierungsbezirk Merseburg: 5 Werke, 877 Belegschaft und 54 298 150 To.; im Regierungsbezirk Erfurt: 2 Werke, 651 Belegschaft, 33 053,862 To. Förderung. Im Sterbefall wurden in allen drei Regierungsbezirken zusammen in 6 Werken mit 622 Mann mittlerer Belegschaft 83 205,837 To. gewonnen und an Vieh- und Gewerbebeleg stellte sich die Gewinnung auf zusammen 2134,040 To.

**Aus den Unternuerverbänden.**

**Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat, Essen.** Im April d. J. betrug die Summe der vertraglichen Beteiligungen am Abfall 8 808 408 To., dagegen der Abfall ausschließlich Selbstverbrauch der Zechen und Hüttenwerke 4 571 600 To. Der Abfall ist daher gegen die obige Biffer um 1 236 799 To. = 21,29 % zurückgeblieben.

\*) Die Zentrale der niederländischen Gewerkschaften, analog unserer Generalkommission.

# Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

**Ueber die Streikbewegung des Jahres 1904 im Deutschen Reich** gibt das Reichsarbeitsblatt folgende Zusammenfassung: Für das Jahr 1904 sind im Deutschen Reich 1870 bedeutende Streiks ermittelt worden (im Jahre 1903 = 1874, 1902 = 1000, 1901 = 1076, 1900 = 1439), es hat damit das Berichtsjahr gegenüber den vier Vorjahren die größte Anzahl bedeutender Ausstände aufzuweisen. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der Zahl der betroffenen Betriebe. Von den 1870 bedeutenden Ausständen wurden im Jahre 1904 10321 Betriebe im Wirtschafsbereich gezogen, während für die Jahre 1900—1903 nur 7740, bezw. 4561, bezw. 2437, bezw. 7000 solche Betriebe gezählt worden sind. An der Ausstandsbevölkerung waren am meisten beteiligt: das Baugewerbe mit 4118 Betrieben (= 30,9 Proz.) und 49015 Streikenden, die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel mit 2730 Betrieben (= 26,6 Prozent) und 7740 Streikenden, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 1204 Betrieben (= 11,7 Prozent) und 19385 Streikenden, die Metallverarbeitende Industrie mit 714 Betrieben (7,1 Prozent) und 8438 Streikenden, das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 800 Betrieben (= 4,6 Proz.) und 3506 Streikenden, die Lederindustrie mit 270 Betrieben (= 2,7 Proz.) und 926 Streikenden, die Industrie der Steine und Erden mit 257 Betrieben (= 2,4 Prozent) und 6511 Streikenden, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 164 Betrieben (= 1,0 Prozent) und 6073 Streikenden, das Verkehrsgewerbe mit 120 Betrieben (= 1,2 Proz.) und 3005 Streikenden und das Handelsgewerbe mit 108 Betrieben (= 1,0 Prozent) und 1298 Streikenden. In den 10321 Betrieben haben im Jahre 1904 118 480 Arbeiter gestreikt, ebenfalls bedeutend mehr als in den drei Vorjahren (95 000, 63 012, 65 262), doch bleibt die Hälfte hinter denjenigen des Jahres 1900 zurück, in welchem Jahre in nur 7740 Betrieben 122 808 Personen ausständig gewesen sind. Die größte Anzahl Streikender hatte im Berichtsjahre, wie auch in den früheren Jahren, das Baugewerbe (49 015 = 41,7 Prozent) aufzuweisen. Es folgten die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 19 385 Streikenden (= 11,8 Prozent), die Metallverarbeitung mit 8438 (= 7,4 Proz.), die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel mit 7740 (= 6,8 Proz.), die Industrie der Steine und Erden mit 6511 (= 5,7 Prozent), die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 6073 (= 5,3 Proz.), Bergbau und Hüttenwesen mit 6109 (= 4,8 Proz.), das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 3506 (= 3,1 Prozent), die Textilindustrie mit 3150 (= 2,8 Prozent) und das Verkehrsgewerbe mit 3005 (= 2,7 Prozent). Die Reihenfolge der Gewerbegruppen ist somit hier etwas anders, als sich bei der Eingruppierung der betroffenen Betriebe ergeben hatte. Von den 1870 bedeutenden Ausständen hatten 449 (= 24,0 Proz.) 1000, 488 (= 26,2 Prozent) teilweises und 783 (= 41,8 Prozent) keinen Erfolg. Außer den 1870 Streiks sind dann noch 120 herabgelassene Ausstände gezählt, von denen 115 Betriebe betroffen wurden. Ausgespart wurden 21 700 Arbeiter. Gegenüber dem Vorjahre haben die Zahlen der betroffenen Betriebe und der ausgesparten Arbeiter allerdings um 500 bezw. 11 613 abgenommen, doch sind sie noch immer bedeutend größer als die Zahlen der Jahre 1903—1902. Infolge der Ausparierungen haben 1452 Arbeiter gezwungen mitarbeiten müssen. Innerhalb der Gewerbegruppen wurden im Baugewerbe 12 501 Arbeiter (= 53,0 Prozent) in 703 Betrieben, in der Textilindustrie 6454 (= 27,2 Prozent) in 70 Betrieben und in der Industrie der Steine und Erden 3044 (= 8,6 Prozent) in 94 Betrieben ausgespart. Bei den Ausparierungen hatten die Arbeiter in 44 Fällen (= 30,7 Prozent) wollen, in 38 Fällen (= 27,5 Prozent) teilweises und in 43 Fällen (= 31,8 Prozent) keinen Erfolg. Gegenüber dem Vorjahre ist also der Prozentsatz der für die Arbeitgeber erfolglosen Ausparierungen verhältnismäßig am größten gewesen. Faßt man die für die Streiks und Ausparierungen des Jahres 1904 ermittelten Zahlen zusammen, so ergibt sich das Resultat, daß in 11 480 Betrieben 137 240 Arbeiter gestreikt haben bezw. ausgespart worden sind, daß außerdem noch 8240 Arbeiter gezwungen gearbeitet haben und daß von den 1900 Streiks und Ausparierungen nur 777 Fälle (= 39,9 Prozent) für die Arbeiter völlig erfolglos gewesen sind.

## Knappschäftliches.

**Knappschäftsberechtigten Genossenschaft Sektion VII (Zwickau).** Bei der des Königreich Sachsen umfassenden Sektion VII der Knappschäftsberechtigten Genossenschaft waren im vorigen Jahre 28 Eisenhüttenwerke mit 24 527 beschäftigten Personen mit 27 203 400 Mt. Wöhnen, 96 Braunkohlenwerke mit 2041 Arbeitern und 2 011 073 Mt. Wöhnen, 83 Erzgruben mit 2781 Personen und 2 200 208 Wöhnen, sowie ein Kalkwerk gemeldet. Ua fällt in eine 4 4 15 vor, darunter 3841 beim Erzsteinhüttenbergbau (26 Stütze), 895 beim Braunkohlenbergbau (12 Stütze), 209 beim Erzbergbau (2 Stütze). An 3711 Rentenempfänger wurden 755 587 Mt., an Verwaltungskosten 60 277 Mt. gezahlt. Dieumlage betrug 606 000 Mt.

## Witzände auf den Gruben.

### Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

**Auf der Grube Glück-Auf bei Wipfle** scheinen die Kameraden noch immer nicht den Zweck und Nutzen einer Organisation erkannt zu haben, sonst hätten sie sich wohl schon längst dem deutschen Bergarbeiterverbande angeschlossen, um endlich mal den unbilligen Zuständen, die dort auf der Grube noch vorherrschend sind, ein Ende zu bereiten. So sind die Lohnverhältnisse dergeart, daß man überhaupt nicht weiß, ob nach Guldänteln oder nach Guntt Lohn gezahlt wird. Neben Wöhnen von 6,20 kommen auch solche von 3,50 und darunter zur Auszahlung. Noch schlimmer stehen sich die Kameraden der alten Grube, die sogar unter 2,50 Mt. verdienen. Wie man mit solchen Wöhnen haushalten kann, ist uns ein Rätsel und wird der Herr Obersteiger uns dieses wohl auch nicht lösen können. Der Herr Direktor, dem die Ungleichheit der Löhne wohl unbekannt sind, würde vorzüglich schon Remede geschafft haben. Auch über schlechte Luft wird viel geklagt, sogar im Neubau, wo doch mindestens dafür gesorgt werden konnte, daß die Kameraden nicht den ganzen Tag in der geschwängerten Luft zubringen brauchen, um dann Abends wie besoffen nach Hause zu wandern. Die Abortschüssel können ebenfalls öfters gereinigt werden, denn daß sie erst zum Lieberkaufen kommen, ist doch wohl nicht nötig. Die anderen Witzände weiß der Herr Obersteiger wohl selber, hoffentlich schafft er dieselben ab, damit wir sie nicht erst in die Selbstlichkeit zu zerren brauchen.

### Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Grube Karoline b. Offleben.** Hier herrschen unbeschreiblich traurige Zustände. Vergleicht man die Leistungen der Bergarbeiter mit den Wöhnen die dem Bergmann gezahlt werden, muß man es als eine Schand für eine Gesellschaft empfinden, welche solche hohen Dividenden aus ihren Leuten herausholt, diese aber mit Bettelarmen absperrt. Obwohl den Herren Aktionären 1903 eine Dividende von zehn Prozent zuteil geworden, haben und im letzten Jahre trotz vieler Neuanlagen, Wälbauererl usw. an 13 Prozent hier, haben dennoch die Arbeiter nicht die geringste Lohnverbesserung erfahren. Jetzt der Abgang stockt, läßt man in verkürzter Arbeitszeit arbeiten ohne jede Entschädigung. Wir sind nicht Wegner der Verkürzung der Arbeitszeit, aber es läßt sich nicht gut damit vereinbaren, wenn Familienväter gezwungen werden, mit einem Lohn von zwei Mark und darunter nach Hause zu gehen. Gerade im Braunkohlenbergbau ist es überhaupt nicht nötig, daß die Leute feiern, wüßte man doch weniger Kameraden in der Förderung, dafür aber mehr in der Zimmerung verwenden. Aus Erfahrung wissen wir, daß die Braunkohlengruben überhaupt für Zimmerung nicht ausgehen, sondern daß der Bauer gezwungen wird, neben seiner Arbeit dies zu betreiben, und daß daher auch die meisten Unglücksfälle passieren. Aber was liegt den Herren an Leben und Gesundheit ihrer Vergleute, da für sie doch die Hauptsache ist, daß möglichst hohe Prozente herausgeschlagen werden. Wenn man bedenkt, daß diese Grube es ist, welche in sanitärer Hinsicht den Vergleuten nichts gibt, sondern daß die Vergleute gezwungen sind, mit Schmutz und Dreck in ihre Wohnungen zu gehen, braucht man sich über die hohen Lebereschiffe nicht zu wundern. Die Waschanstalten in der Kammine, wo die jungen Leute, welche dort wohnen, gezwungen sind, sich im Duschur in Wind und Wetter zu waschen, lassen auch in sittlicher Hinsicht viel zu wünschen übrig. Die Dienstwädchen des Kantinenwirts können die Körperformen der jungen Leute bewundern. Vielleicht hört sich auch die Vergbehörde die hiesigen Zustände einmal etwas näher an.

**Aus der Lausitz. Aus Walsleben, Grube Anna** wird uns von Ungenossen berichtet, daß der Aufseher Steiger eines Morgens eine Arbeiterin mit der Faust schlug und mit dem Fuß rief, sobald das Mädchen zur Erde fiel. Was ihn hierzu veranlaßte, konnten wir nicht in Erfahrung bringen; tut aber weicher nichts zur Sache, solche Rohheit ist empörend und mußte mit Recht die Härte Entrüstung hervorgerufen. Wir glauben, daß die Arbeiter von Kenntnis hat, wenn sie

die Kameraden berichten, konnte dieselbe den Arbeitern entgegen und befehle baldmöglichst die Witzände. Wir tragen uns mit der Hoffnung, daß auch dieser Fall unterkocht und dem Beamten solche Rohheit verboten wird. Welche Rohheiten werden uns von Schuppenhauer und Weiler Senkenberg mitgeteilt. Dort ist ein Arbeiter in der Werkstatt gleich bei der Hand, alten Leuten Schläge anzubringen. Anordnungen, welche der Grube, ich schlage Euch in die Brust und verfluchtet Pöbel, sind ihm ganz und gäbe. Nun, von diesem Werk kommen ja viel Klagen über die Behandlung durch die Beamten. Diese denken wohl hierüber beim Herrn Schuppenhauer (selbst Schanzmacher) im Ansehen zu stehen. Die Herren Aufseher der Lausitz können immer in die Öffentlichkeit hinaus, sie seien bereit, die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassenen Vorschriften durchzuführen. Auch die Vergbehörde berichtet, auf den Gruben sei im großen und ganzen alles in Ordnung! Von Grube Walsleben bei Senkenberg wird uns dagegen mitgeteilt, daß es schon zum System geworden ist, daß eine Zahl Arbeiter morgens um 8 und 4 Uhr, ohne verlassen zu werden, in die Grube fahren und arbeiten. Kommt dann der Herr der Arbeiter um 8 Uhr, so sind die leeren Wagen von diesen Arbeitern bereits gefüllt und müssen die vernünftigen Arbeiter darunter leiden. Wo bleiben da die gesetzlichen Bestimmungen über Kontrolle und Verlesen der Arbeiter? Ist dies dem Grubenbesitzer, gleichzeitlich Amtsvorsteher, nicht bekannt?

## Königreich Sachsen.

**Verenigtssfeld bei Hohndorf.** Zu der Festlichkeit am 19. Mai veranlagte der 25jährige Bergarbeiter Edwin Schmorl Witz. Er wurde von einem Pferde erfasst und ihm der Kopf zerdrückt. Schuld an diesem Unfall ist unteres Grundstücken das Fruchtfeld, unter dem die Arbeiter zu leben haben. Bereits vor zwei Jahren sind die Zustände dieses Witz in der hiesigen Anstalt bereits bekannt worden, doch jetzt mehrten sich die Klagen immer mehr über Anstrengung, schlechte Behandlung, schlechte Wöhne und Schlämmerung aller Art. Die Vergpolizei-Vorstellungen mußten öfter außer Acht gelassen werden, um nur den Anforderungen der Beamten gerecht zu werden. Wie kommt es, daß vor dem betreffenden Ort, wo sich der Unglücksfall ereignete, in der darauffolgenden Nacht ein Hiesel geschickt wurde? Haben das die durchführenden Steiger nicht allen gesehen, daß bei einem Einsturzenden, wo zwei Mann den auf allen Mätern geheminten vollen Hund zurückhalten müssen, ein Hiesel nötig war? Was sagt die Vergbehörde dazu? Schon viele Jahre auf diesem Werke arbeitende Kameraden führen dem Aufseher den Mäden, was doch auch nicht von ungefähr kommt. Die Beamten schreien nach Kohlen, und kommt Bruder Bergmann dem Mäden in gewöhnlicher Weise nach, so gibt es allerhand Zankereien, die vor Humanität trotzen. Die Streckenüberlegung läßt viel zu wünschen übrig. Verantwortliche Stütze reifen die Kohlen vom Fund herunter und verläßt dieser dann über Tage der Freibank, trotzdem die Arbeiter keinerlei Schutts am Wädenmaß trifft. Wädenmaß sind auch die Kohlenverhältnisse, so daß Frauen und Kinder, wenn sie nicht hungrig wollen, zu Hause mitschleppen müssen, da der Mann nicht hinreichend verdient. Kameraden, wollen wir diesen Zuständen weiter zusehen? Nein und abermals nein, auch die Antwort sein. Doch nicht der hiesigen Knappschäftsberechtigten, sondern einzig und allein der Deutsche Bergarbeiterverband ist es, welcher die Arbeiter vor Verdrückung schützt und ihnen eine bessere Lebensstellung erkämpft.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Schlesische Kohlen- und Kokswerke (Breslau), B. Abteilung.** Kaum sind drei Monate seit der letzten Lohnbewegung verstrichen und schon wieder nimmt man eine Lohnbewegung vor, zudem hat so mancher Arbeiter keine Ausbesserung bis jetzt gemerkt. Steiger Bolger hat im Monat Mai Bayern, die in Zimmerung beschäftigt waren, einen Lohn von 3,11 Mt. pro Schicht verdienen lassen, obwohl der Herr Direktor in der Lohnbewegung sein Ehrenwort gab, daß von nun an die bei der Zimmerung beschäftigten Leute 3,20 Mt., und die im Bedinge, einen Durchschnittslohn von 3,40 Mt. verdienen sollen. Den verschiedenen Klagen nach wurde schon unter 3 Mt. im Bedinge gezahlt, müßten weit unter dem durch Ehrenwort garantierten Durchschnittslohn. Hier wäre es Pflicht, um Bedinge zuzugehen, da trotz größter Anstrengung nicht mehr verdient werden kann. Die Orte, wo noch 3,50 Mt. verdient werden, sind sehr wenig vorhanden. Gewiß, nach Ansicht der Beamten kann ein solcher Lohn noch überall verdient werden, nur sind die Bergarbeiter zu laut oder troppo. Viel beklagt sich auch mit dem Bedinge der Aufseher Knoblich, jedoch man schließt nicht weiß, wer der eigentliche Steiger ist. Wir glauben, er brauche sich nicht selbst mehr Arbeit aufzuhalsen und kann bei dem Verfahren des Letztes es beneiden lassen.

**Gamondschacht, 3. Abteilung.** Nicht dienlich ist der Steiger M., der mit angelegter Lampe im Fahrtschacht (Berg 3) sich hinlegt, um die Leute zu beschämen, ob sie nicht einige Minuten zu früh Schicht machen. Nun sage auch einer, die Bergarbeiter Wöhne man nicht konzentrieren, daher könne man auch keinen Mindestlohn festlegen, weil dies den Kameraden schadet. Wenn für natürlich der Steiger, wenn er die Zeit zur Beschäftigung des Wäden verwenden würde, vielleicht würde er dann noch manches finden, was zur Verhütung von Unglücksfällen gemacht werden müßte. Auf denselben Schacht, 2. Abteilung, läßt man die Inspektoren durch Redensarten, wie: "Die müssen früh sein, daß sie nicht zu spät kommen", fühlen, daß man sie gerne los sein möchte. Bei Klagen über zu niedrigen Lohn oder zu schwere Arbeit, empfindet der Aufseher Jolke, nach der Fabrik zu gehen, da gäbe es leichtere Arbeit. Was würde wohl Herr Jolke dazu sagen, wollte man so mit ihm verfahren, oder denkt er mehr zu sein, als jeder andere Bergmann? Bergarbeiter, nehmt es euch zur Note, daß, sobald ihr eure Gesundheit im Dienste des Kapitals eingebüßt habt, ihr nur noch als gelittenes Uebel betrachtet werdet. Dieweil kann nur durch eine feste Organisation vorgebeugt werden, darum hinein in den Verband!

**Mästerhant 111 (Cantablene).** Mit dem Eintritt in die männere Jahreszeit müßte sich das Jagden eines Witzens am Schacht immer bemerkbarer. Die Arbeiter können den Jagden entfernt liegenden, wenn auch sonst tabellarisch Abort nicht benutzen, weil sonst die Förderung eingestellt werden müßte, da der einzelne Arbeiter mit Arbeit so reichlich bedacht ist, daß er nicht während der Abwesenheit seines Arbeitskollegen diesen mit vertreten kann. Eine Folge hiervon ist, daß die Arbeiter ihre Verdienste an der Arbeit verlieren und ein gefährlicher Gestank sich hieraus entwickelt. Es würde jedem angenehmer sein, wenn er den Gestank nicht einatmen zu brauchen und erwarten wir daher, daß die Verwaltung dem berechtigten Witzende entsprechen wird. Desgleichen wäre es angebracht, wenn am Schacht eine Wasserleitung wäre, denn auch dieses zu holen, mangelt es öfters an Zeit.

**Witzende-Grube, Ostfeld bei Wipfle.** Die Antriebskraft wird hier im höchsten Grade betriebe. Der Fahrsteiger H. gönnt sich sogar des Nachts keine Ruhe, sondern kontrolliert die Arbeiter. Wer nicht das fest, was dieser Herr verlangt, wird als Foulterer bestrift und vor einem hiesigen Ort verurteilt, wenn nicht gar entlassen. An sich haben wir nichts dagegen, wenn der Herr so dienstfertig ist, nur glauben wir, daß er die Zeit besser verwenden würde, wenn er mal nach Witzänden zwecks Befähigung hinüber ginge und so die Selbstheit regeln würde. Es ist zwar laut Arbeitsordnung um 4 Uhr mit der Schicht zu beginnen, doch wird es öfters öfters, bei der Nachtschicht sogar 5 1/2 Uhr. Am 17. Mai kam Fahrsteiger H. in das Filds Bedinge und forderte den Hauern 3 Wg. und den Schleppten 2 Wg. Bedingeerhöhung pro Wagen an, weil die Leute nur fünf Stunden arbeiten. Wir denken, daß H. doch nicht unbekannt sein könne, wie anstrengend der Weg bis zur Arbeitsstelle ist und Schweißproben kostet, verzieht er doch bei den Falden sogar den üblichen Bergmannsgruß. Um wie viel mehr muß es dem Bergmann schwer fallen, da er mit Schiefmaterial und Geväße beladen ist. Diesen furchtbarsten anstrengenden Weg rechnet H. nicht als Arbeit. In miserablen Zustände sind die Strecken im Tiefbau, wo die zum Teil überquerrannt sind. Von Wasserseige ist keine Spur oder diese ist verfallen, die Zimmerung stellenweise morsch und der Wasserschlag bedürftig. In diesen Strecken werden Wagen und Gutz befördert, doch an Abschaffung des vordiehenden wird nicht gedacht. Dafür schimpft und donnerwettert der neue Aufseher M. umsonst. Positiv ist wird die Vermahnung ihm ein menschenwürdiges Umgeben mit den Arbeitern empfinden. Eine Anfrage sei uns noch gestattet. Erstreckt sich das Beförderungsvorbot der Bergwerke nicht auch auf den Holz- und Materialtransport in denselben durch Menschen, dazu ohne jegliche Heun- oder Bremsvorrichtung? Dies geschieht hier im Filds Filds zwar im Rahmen eines Aufseher, doch traure wir ihm keine Falden für uns halten Vorkehrungen zur Verhütung von Unglücksfällen hergezwungen. An Wasserfontänen haben wir keinen Mark, doch er über die nicht ihren Zweck, da das Wasser darin fehlt. Die Wasserfontänen sind einige hundert Meter entfernt. Nicht besonders sollte Steiger G. erbaut sein, sollte sein Wunsch — die menschlichen Bergarbeiter in überschüssigen Paradiese zu haben — in Erfüllung gehen, denn die

während hiesig sich nicht soviel bieten lassen wie wir und hiesige G. nichts anderes übrig, als die von ihm ausgerechneten 4 fünf Stunden laut Mark, in zehn Stunden das Doppelte, in zehn Mark selbst zu verdienen. Vielleicht würde er dann für Luftverschmutzung zurge tragen. Nicht wäre in Betrachtungen zu verbessern, doch wird dies wohl nicht über gelingen bis daß alle Bergarbeiter sich dem Verbande angeschlossen und eine feste Stelle gehabt haben. Darum hinein in den Verband.

**Niederhermsdorf, Witzschell-Grube.** Arbeit macht das Leben schön. Aber nicht, so wie es in Wäden 1 angeht, da gibt's kein Leben und kein Aussehen. Wäden 11 in schon seit vielen Wochen stillgelegt, und auch die Förderung von ca. 200 Wagen in Wäden 1 mit vorzubereiten werden. Da hatte man im vorigen Monat außer der Lohnzulage 3 Wg. mehr. Es ist gerade, als ob es an Arbeitern fehle. Gewiß, es ist ein schöner Profit, aber den Arbeitern bleibt das das Salz in der Suppe übrig. Der Herr Dr. Grunewald hat doch besonnen, daß die Wäden 11 mitgehen sollte, warum erfolgt man das an anderer Stelle nicht? Und will man den Schlämmern die bisher seitens der Gewerkschaft geleisteten Pufferdienste wegnehmen. Nur durch eine gute Organisation können wir uns derartiger Pläne erwehren.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Wohnum.** Auf Schadenersatz soll der Verband verklagt werden, so teilt die Wertspreffe mit, beziehungsweise fordert sie die von uns wegen Streikbruch ausgeschlossenen dazu auf. Die "Bergarbeiter-Zeitung" bringt in jeder Nummer eine lange Reihe Mitteilungen über den Streikbruch aus dem Verbande ausgeschlossenen wurden, die dadurch ihre erworbenen Rechte einbüßen und somit geschädigt werden, so hemmeln die Wertspreffe und diese Leute sollten den Verband auf Schadenersatz verklagen. Dem Verlangen sehen wir ja sehr wohl entgegen, da die Leute, die ausgeschlossen wurden, sich gegen das Interesse ihrer Kameraden schwer gezeigten und auch das Statut verletzt haben. Sobald der Streik proklamiert war, mußte sich jeder Verbandskamerad daran beteiligen oder sich sonst gefallen lassen, daß er nachher ausgeschlossen wurde. Wo sollte es denn hinsehen, wenn von organisationswegen ein Kampf beschlossen ist, sich ein Teil der Truppen auf Seiten der Feinde stellen wollte, ohne daß wir uns seiner entledigen könnten. Jeder Streikbrecher ist ein Verleumdung, er ist zu vergleichen mit einem Soldaten, der mitten im Kampfe auf einmal zum Feinde übergeht und diesem hilft, aber seine ehemaligen Kameraden und Kriegsgenossen, ja über sein Vaterland den Sieg davon zu tragen. Solche Verleumdung werden nach dem Kriegesrecht handrechtlich bestraft und meistens sogar erschossen oder zum allermindesten aber aus der Kriegstruppe ausgeschlossen. Soll nun einer Kampftruppe auf dem sozialen Kampffeld nicht auch das Recht zustehen, Verleumdung aus ihren Reihen auszuschließen? Nun, darüber entscheidet die Organisation und nicht die Wertspreffe. Es sollte so noch, daß wir auf ihren Wunsch schließlich die Streikbrecher, die Herren Arbeitswilligen als Mitglieder bezeichnen, weil es den Unternehmern angenehmer wäre. Doch aber die Ausschließenen auf einmal schwer geschädigt worden sein sollen, weil sie mit ihrem Ausschluß alle Anrechte verlieren, das eingezahlte, hätten wir von der Wertspreffe nicht erwartet. Erstes hat sie behauptet, daß der Verband die Leute nur schädige, und daß die Vergleute nichts Besseres tun könnten, als ihren Austritt annehmen, da sie ihre Wöhne nur umsonst opfert und nun nur den Unternehmern den Gefallen erweisen und ihre guten Freunde anschießen, sollen wir sie auf einmal geschädigt haben. Endlich der Streikbrecher durch den Ausschluß tatsächlich geschädigt worden, was besonders die "Bergarbeiter-Zeitung" hervorhebt, so muß sie auch zugeben, daß der Verband den Arbeitern Vorteile bietet, also nützlich für sie ist. Ist er das — und das erkennt die Wertspreffe hier unvollkommen an —, dann soll sie die Vergleute auch nicht mehr von ihrer Organisation abhalten, sondern dafür eintreten, daß alle dieser Vorteile teilhaftig werden.

**Dortmund.** Mit Arbeitswilligensgenossenschaft hatte sich am 15. Mai die hiesige Strafkammer zu beschäftigen. Angeklagt waren der Vertrauensmann Heint. Wächter und Sch. Diese beiden Schänder sollen am 26. März in der Witzschell So bbe die Arbeitswilligen Leida g, Vater und Sohn, beleidigt haben. Wächter (der verdammt mit Leida g) hatte in humoristischer Weise zur Frau Leida g gesagt: "Mutter, Hand auf's Herz, hat ihr Mann gearbeitet, dann wird er mit 100 Mark bestraft!" Ferner kühnten sich die Angeklagten dadurch beleidigt, weil Wächter gegen einen Handelsmann, der einen starken Korb trug, sagte: "Wenn dieser Korb ein Hindernis wäre, sie legten sich hinein und ich würde den Wagen schieben, der Wagen würde nicht gemüht!" Leida g nahm diese Scherze sehr krumm, schlug einen Lohn an, daß Wächter schließlich gesagt soll haben, wie er, Leida g, sich als Arbeitswilliger unterziehen könnte, mit Streikenden an einem Tisch zu sitzen. Sch. soll noch von Schändelinschlagen geredet haben. Die Situation wurde schließlich so ungemütlich, daß Wächter seine Kollegen aufforderte, mit ihm das Lokal zu verlassen. Leida g aber ging hin und stellte Strafantrag wegen Beleidigung, wodurch die Sache ein gerichtliches Nachspiel erhielt. W. wurde zu 20 Mt. und Sch. zu 50 Mt. Geldstrafe verurteilt.

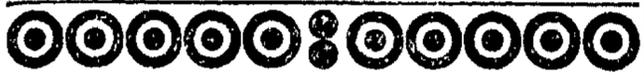
**Witzende.** Immer häufiger werden unsere Versammlungen besucht, jedoch es sich nicht mehr lohnt, dieselben noch abzuhalten. An der letzten beteiligten sich nur noch 14 Mitglieder. Wenn die Kameraden glauben, daß alles erreicht ist, dann könnten wir ja schließlich empfinden anderenfalls erwarten wir, daß sie sich besser und sich wieder an den Versammlungen regelmäßig beteiligen.

**Witzende.** In der Wertspreffe wird alljährlich gesammelt über den Terrorismus, der von Seiten der Streikenden gegen die lieben und braven Arbeitswilligen, diesen "guten Stern" der Bergarbeiter-Schaft des Ruhrreviers, ausgeübt worden sein soll. Um dieser Veran wegen, hätte nach Ansicht der Kapitalisten, gleich bei Ausbruch des Streiks, das ganze deutsche Heer in Kriegsstärke ins Ruhrrevier einrücken müssen. Auch die Herren, wenn sie meinen diejenigen, welche während des Streiks gearbeitet haben, wären der gute Stern der Bergarbeiter gewesen; sie müßten sich nur bei den Grubenbeamten erkundigen und werden dann erfahren, was es gerade umgehrt ist. Soweit wir die Arbeitswilligen kennen, müssen wir sagen, es würde schlecht im Ruhrrevier bestellt sein, wenn hieselben den guten Stern der Bergarbeiter darzustellen und die anderen noch schlechter wären. Einen Vertreter dieses "guten Sterns" sind wir genötigt der Öffentlichkeit vorzuführen. Der Arbeitswillige H. Altmeyer von Bode Holt ein kam zu einem Kameraden, der nicht zu dem "guten Stern" gehörte und verlangte von demselben, er solle ihm Sprengstoff leihen. Da dies ein Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz ist und, wie sich unser Kamerad überzeugte, der Arbeitswillige Sprengstoffe genug im Besitz hatte, so liegt es auf der Hand, daß das Mitglied des "guten Sterns" nur die Absicht hatte, seinen Mitarbeiter einzuzulügen. Der saubere Patron hat über damit eine so niederrichtliche gemeine Bestimmung gezeigt, daß es wahrhaftig nicht wunderlich gewesen wäre, wenn der Kamerad hier gegenüber den "Terror" angewendet hätte. Am 3. April fand hier auf der Zedde Holtze die Wahl der Beiziger aus der Verlagschaft zur Unterstützungsstelle statt. Die Grubenverwaltung machte die Wahl der Beizigschaft erst am 5. April durch Anschlag bekannt, jedenfalls wollte man verhindern, indem man den Arbeitern keine Zeit dazu ließ, sich nach geeigneten Kandidaten umzusehen, daß Kameraden gewählt wurden, die die Interessen der Kameraden energisch vertreten könnten. Doch der Liebe Müß' war vollständig vergebens; es ist nämlich keiner von denen gewählt worden, die zu dem "guten Stern" der Verlagschaft gehörten. — Ein Arbeiter der Zedde Holtze hätte kürzlich bald um ein Haar sein Leben dadurch eingebüßt, daß er nach auf den Förderkorb sprang, nachdem schon das Signal zur Abfahrt gegeben war; nur der Geistesgegenwart eines Arbeiters (der aber nicht zu dem "guten Stern" gehörte) hatte es es zu veranlassen, daß er mit dem Leben davon kam, indem derselbe den Steiger im Moment als sich der Korb schon in Bewegung setzte, an sich rief. Wir meinen, es wäre Aufgabe der Beamten, in Befolgung der bergpolizeilichen Bestimmungen den Arbeitern mit gutem Beispiele voran zu gehen und ihnen nicht Gelegenheit zu geben zu sehen, daß sich die Beamten darüber hinwegsetzen. Abgesehen ist es auch Torsheit, solange im Revier mahrgenommen und die Kohlenwagen zusammen zu suchen und dann nach dem Schacht zu laufen um nur noch hinein zu kommen, und noch größere Torheit ist es, so leichtfertig sein Leben auf's Spiel zu setzen.

**Witzende.** In der Zahlhölleversammlung am 14. Mai wurde beschlossen, am 1. Oktober eine Stiftungsfest zu feiern und den Bierbottel frey vorzuführen. Die nächste Zahlhölleversammlung findet nicht am 11. sondern am 18. Juni statt. Erwähnen müssen wir die Witzende, die Versammlung vor besser zu besuchen und nur diejenigen Witz zu unterhalten, die sich erweislich zeigen, dies hat die Witzin Sch o C bis jetzt getan.



Sollte dies nicht der Fall sein, so soll noch mit weiterem Material aufgewartet werden, z. B. die Kontrollmarken, der Fall Festl. ac. Nur an die Arbeiterkassen Bergbergs soll noch die Aufforderung gerichtet, sich einmal fest zusammenzuschließen in einer starken Organisation, denn nur diese kann ihnen Hilfe bringen. Darum hinein in den Bergarbeiterverband!



### Bergarbeiterforderungen sind abgelehnt!

Die sogenannte „Volksvertretung“ im preussischen Landtag hat am Freitag den 20. Mai ein sogenanntes „Bergarbeitergesetz“ beschlossen, das noch hinter der sehr geringfügigen Regierungsvorlage zurückbleibt! Das Gesetz wird sich in der Praxis sogar oft schlimmer gegen die Bergleute zeigen als das heute geltende. In nächster Nummer werden wir das gesetzliche Unikum würdigen. Jetzt sei nur festgelegt, daß wir es dem **vollständig ungelippten Zentrum im Landtag verdanken**, daß ein derartiges, die Bergarbeiter verhöhrendes Gesetz angenommen werden konnte. Noch vor wenigen Tagen erklärte die Zentrumspreffe feierlichst, die Regierungsvorlage sei das Mindeste, was den Bergleuten zustünde. Und jetzt hat sich das Zentrum mit den Freikonservativen, Nationalliberalen und Freimaurern verständigt, es ist **hinter** der Regierungsvorlage zurückgeblieben. Wenn es dem Zentrum ehrlich zu tun wäre um den Bergarbeiterschutz, dann müßte es vor allen Dingen alle Verschlechterungen der Regierungsvorlage ablehnen, da diese durchaus die alten, berechtigten Bergarbeiterforderungen nicht erfüllte, es müßte das ganze verhandelte Gesetz ablehnen. Indem das Zentrum den schmählichen Kompromiß schloß, bewies es, daß es **nicht gewillt** ist, den Weg der Reichsreformgebung zu beschreiten. Die Bergleute werden nunmehr sagen: „**Arbeiterverrat, dein Name ist Zentrum!**“

Ueber die Rolle der wüthigen Regierung in diesem geschichtlichen Drama ähnen wir uns noch. Den Kameraden aber rufen wir zu: Man werde hoffentlich alle Bergleute einsehen, daß sie keine Hilfe als durch sich selbst zu erwarten haben! Durch Fesseln und Harren und Witten und Betteln erreichen wir nichts. **Unbedingte Einigkeit, unermüdete Agitation für den Verband, Erhöhung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit**, das gibt dem Bergmann die Kraft zu seiner Befreiung aus der Unwürdigkeit!



### Das Urteil im saarabischen Prozeß.

Nach achtstägiger Bemerkung, die Handbillet Material über die saarabische „Vergewaltigung“ zutage förderte, erfolgte am Donnerstag den 25. Mai die Anklage- und Verteilungsbekanntmachung. Der Staatsanwalt bestritt die Geltung eines saarabischen Systems, gab aber zu, daß schwerwiegende Einzelheiten nachgewiesen. Der Staatsanwalt erkannte aber Krämmer das Recht zu, als Angehöriger und Beauftragter des Bergarbeiterverbandes berechnigte Interessen zu wahren (§ 108 des Strafgesetzbuchs). Diese Annahme ist von großer Bedeutung für die gewerkschaftliche Praxis. Krämmer könnte deshalb nur wegen formeller Verleumdung bestraft werden. Der Staatsanwalt beantragte **zusammen 300 Mark Geldstrafe**. (In Saarbrücken beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis.)

Rechtsanwalt Helne plädierte in einer großartigen Rede, die selbst der Gegenanwalt ein rednerisches Meisterstück nannte, für kostenlose Freisprechung. Wüthig geißelte Helne die saarabischen Standale. Hilger selbst, sehr enttäuscht von dem Antrag des Staatsanwalts, meinte, für die an ihm begangenen Sünden müßte Krämmer unbedingt ins Gefängnis. Dieser Ansicht waren auch die Hilgerschen Rechtsanwältinnen.

Das am Samstag den 27. Mai verkündigte Urteil bedeutet eine **schwere Niederlage der saarabischen Herrscher**. Der Angeklagte (Krämmer) wurde der formellen Verleumdung des Bergrats Hilger in einem Falle für schuldig erklärt und zu 200 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis verurteilt. Der Antrag des § 103 wurde ihm zugestimmt, da er annehmen konnte, daß die ganzen Verlautbarungen Tatsachen seien. Die Verleumdung wurde in den Ausdrücken „der Vergewaltiger“, „hochthronende Bergerrat“, „asiatische Zustände“, sowie in dem ironischen Gebrauch des Ausdrucks Bergarbeiterfreundlichkeit gefunden. Die Verurteilung erfolgte nur wegen des ersten Flugblattes, wegen des zweiten erfolgte Freisprechung. Das Gericht stellte eine Reihe von **Wahlbeeinflussungen** und ungebührlichen Vorkommnissen von Beamten vor und nach der Wahl fest. Ferner stellte das Gericht fest, daß **Bergleute und Beamte gegen ihre Heberzeugung zu politischen Aktionen gezwungen** worden waren, aber ein System der politischen Entziehung und Verpersönlichung im Sinne des Angeklagten konnte das Gericht nicht erkennen. Die Erklärung, welche der Angeklagte zu dem Wort Entzug gibt, sei nicht zutreffend, weil die Erklärung von dem gewöhnlichen Sinne des Wortes abweiche und dieses in dem Flugblatt nicht richtig gemacht sei. Die sämtlichen Kosten werden dem Angeklagten zur Last gelegt. Die Publikation des Urteils hat in allen in Saarbrücken erscheinenden Zeitungen zu geschehen, ferner in der „Neunkirchner Zeitung“, in der „Saar- und Rheingebirgszeitung“, in der „Rheinischen Zeitung“, der „Westfälischen Volkszeitung“ und in der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“.

Im ersten Prozeß war Kamerad Krämmer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilung ist also die saarabischen Selbstherrlicher.

### Briefkasten.

**Miesbachhöfen. N. W. 105.** Denen j (van den Andrianopols) 100-120 Mark. Eine Extrabekanntmachung von hier ist unbedingt notwendig.  
**Köthen. R. G. 95.** Der Lohn kann nur dann eingehalten werden, wenn er 1500 Mark im Jahre übersteigt, und zwar nur der übersteigende Betrag. Keine Gegenstände können nicht gepfändet werden, höchstens ein Tisch und zwei Stühle.  
**Wautau. J. R.** Bitte, ich an einen evangelischen Pastor, der mich zu einer Rede nach Putzwarden laden.  
**Miesbachhöfen. N. W.** Wenn Du Dich gesund fühlst, so stelle einen Heilungsbekanntmachung. Es demselben entgegengeben wird, können wir nicht entscheiden, müßt aber bei einer Ablehnung dieses Heilungsbekanntmachung Buch von der „Frankfurter“ befehlen, ansonsten Du keine Arbeit erhältst. Bitte, ich Abzugeben an das Arbeitersekretariat in Dortmund, wo Dir näheres mitgeteilt entl. der Antrag verfertigt wird.

### Verbandsnachrichten.

Zur Vertrauensleute, welche in den italienischen Zeitungen bestehen, zur Nachricht, daß dieselben nur alle 14 Tage erscheint. Die Expeditor

Bei jeder Nachbestellung von Marken muß der letzte Abrechnungsbogen mit eingeklebt werden, ferner wird nochmals um genaue Ausfüllung der Rubriken auf den Abrechnungsbogen ersucht.

### Überdieslesen.

Die Mitglieder von Weuthen und Umgegend können sich Dienstag und Sonnabend von 9-11 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags in Weuthen, Solgerstraße bei **Bergarbeitervertrauensmann R. Scholtz** in Weuthen, Solgerstraße 6a, holen und Beschwerden in Verbandsangelegenheiten und gegen Gruben vorbringen. In Rechtsangelegenheiten haben sie sich vor wie nach mit dem Arbeitersekretariat in Rattowitz, Rathausstraße 6 brieflich oder persönlich in Verbindung zu setzen.

### Rattowitz, Salenze, Domb, Roschulte.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Vize J. J. J. in Salenze, Kaiser Wilhelmstraße 3 wohnt. Die Kameraden wollen sich in allen Angelegenheiten betriebs der Zeitungsabteilung mit **Vertrauensmann** nach dort wenden.

Den Kameraden des Rhylander Bezirks zur Kenntnis, daß ich **Vertrauensmann** erziele: Sonntags von 8-11 Uhr vormittags, Dienstag von 3-7 Uhr nachmittags, Donnerstag von 8-12 Uhr vormittags. Die Kameraden werden ersucht, die angegebenen Vorstunden einzuhalten, da ich sonst nicht angetreten bin.  
**Franz Dantsch**, wohnt bei Joh. Smolka, Glasln.

**Wittwasser.** Habe meine Wohnung von Neu-Seitendorf nach Wittwasser 3. Bez. 19a verlegt, und ersuche alle Ortsverwaltungen wie auch die Mitglieder des Verbandes, dies zu beachten.  
**K. u. G. Meade**, Vertrauensmann.

# Kameraden, trinkt kein boykottiertes Bier! Achtet darauf: Boykottfreies Bier gibt es nur in den Wirtschaften, in welchen ein Plakat der betreffenden Kommission anhängt!!!

### Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

- Donnerstag, den 1. Juni (Himmelfahrtstag):**  
**Wettendorf.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Josef Rißmann. Statutenberatung. Referent zur Stelle.  
**Sonntag, den 4. Juni 1905:**  
**(Erster Sonntag)**  
**Elgermüssen.** Jeden Sonntag nach dem 2. d. Mtz. (Zeit u. Lokal fehlt.)  
**Ellenbohum.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hiltshoff, Wittenstraße 109.  
**Ellenbohum.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Maas.  
**Ellenbohum.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilkes.  
**Wochum I.** Jeden 1. Sonntag, nachm. 4 Uhr, im Bergarbeiterverb.-Gebäude, Wemelhäuserstraße 42.  
**Worna.** Im Lokale des Herrn Adhler.  
**Wautau.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Womm in Herne.  
**Wernburg.** Abends 7 Uhr, im Gefellenverkehr Amtage.  
**Wuch.** Vom 5. bis 10. werden die Beiträge eingesammelt.  
**Wornap.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Georg Wolf.  
**Wollau.** Nachmittags 4 Uhr, im Langbrod'schen Lokale.  
**Willinghofen.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner.  
**Wickel.** Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Homburg, Schulstraße, Wanne.  
**Wulstern.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Helnen.  
**Worma.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seupel.  
**Winnigfeld.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Arens.  
**Wroppenbruch.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Udo Schmidt.  
**Wurzopf.** Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Heistermann.  
**Wammerthal.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kriegsfatte.  
**Wausam.** Jeden Sonntag nach dem Vorjahrestage, Nachmittags 2 Uhr, im Verbandslokale.  
**Wedingen.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Schwan“.  
**Wilmstedt.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hartmann im Lindenhof.  
**Wulstern-Nahm.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Val. Wayer.  
**Winnigstutter.** Nachmittags 3 Uhr, im „Deutschen Haus“, Wornbold.  
**Winnigberg.** Jeden 1. Sonntag, nachm. 3 Uhr, „Wilmhelmsruhe“.  
**Winnern b. Unna.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weinigshaus.  
**Willingdortmund.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wuchkamp.  
 Was lernen wir aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung?  
 Referent: Kamerad Fr. Husemann. Verbandsangelegenheiten.  
**Witzloh.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heidig in Bruchhausen, Kaiserstraße 89.  
**Wartenstein.** Sonntag nach dem 1. Zahltag, im Vereinslokale.  
**Wittenberg.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Eluf.  
**Wernhausen (Oberbayern).** Vorm. 11 Uhr, jed. Sonntag nach dem Zahltag.  
**Wiesbaden.** Nachmittags 5 Uhr, im „Feldjäger“.  
**Wieschau.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gantsch.  
**Wömmel-Warby.** Im Lokale „Zum Kronprinzen“.  
**Wöllern.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wuttich in Mein-Wäschel.  
**Woll.** Jeden 1. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Bruno Tieg.  
**Wollhausen.** Jeden 1. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Schmitz, Gärtenbrunnstraße.  
**Schmidbach.** Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag.  
**Schönbeck I.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kott, früher Jakob Meis, in Kran, Wollsteinstraße.  
**Schönbeck II.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Leop. Hoff.  
**Schönbeck.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Deiring.  
**Sommerschenborn.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schütte.  
**Sinnfurt.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale der Frau Wichener.  
**Steinbach.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Gottlieb Greiner.  
**Stein.** Jeden 1. Sonntag, nachm. 4 Uhr, im Gasthof zu Lützenau.  
**Witten.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinz. Rütche-meyer, Ardeystraße.  
**Wollstein.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friede („Blauer Engel“), Fischerstraße.  
**Wurzach.** Jeden 1. Sonntag, im Lokale des Herrn Hofmanns.  
**Worn.** Worn, im Lokale des Herrn Heiligenfeld.  
**Worn.** Nachmittags 3 Uhr in Reich's Restaurant

### Gemeinsch. Zahlstellenversammlungen

**Donnerstag, den 1. Juni (Himmelfahrtstag):**  
**Wattenfeld I und II.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wilken.

### Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

- Donnerstag, den 1. Juni (Himmelfahrtstag):**  
**Gelsenkirchen VI (Wunne-Sülten).** Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Hagemann in Hüllen. — Die Vorteile und Nachteile des neuen Vergesetzes. Referent: Kamerad Hermez. Verschiedenes.  
**Sonntag, den 4. Juni 1905:**  
**Hamme.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Alb. Böller. Die Reform der Ansperrkassen und die bevorstehende Ansperrkassenreform. Referent: Otto Due.  
**Stawiska bei Rhybnitz.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Prohka. Arbeitsverhältnisse im Bergbau und die Rechte der Unternehmer. Referent: Franz Dantsch, Glasln. Diskussion.  
**Willinghofen u. Umg.** Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Ebers, Willinghofenstraße. — Wie sieht das neue Vergesetz aus? Diskussion. Referent zur Stelle.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

### Saarabien vor Gericht!

**Bericht über den Prozeß Hilger gegen Krämmer (Verbandsmitglied) nach stenograph. Aufzeichnungen.**

Der Bericht über den sensationellen Prozeß der saarabischen Herrscher gegen unseren Kameraden Krämmer umfaßt ein stattliches Buch von 131 Seiten. Es ist ein hochwichtiges zeitgeschichtliches Dokument der vielgerühmten „Bergarbeiterherlichkeit“, das sich jeder Bergmann, der nach Aufklärung strebt, anschaffen müßte. Dem Prozeßbericht geht eine „Einführung“ voraus, in der die Entstehung und politische Bedeutung der saarabischen Zustände geschildert wird. Kein Bergmann darf die Anschaffung dieses Buches veräumen, denn es enthält unergänzlich wertvolles aufklärendes Material. Der Ladenpreis ist 50 Pfennig. Dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes ist es durch Abschluß einer Massenlieferung aber gelungen, von dem Verlag (Buchhandlung Vorwärts, Berlin) einen **Vorzugspreis** zu erhalten, infolgedessen kostet das Buch, von unsern Vertrauensleuten bezogen, **für die Verbandsmitglieder nur 30 Pfg.!** Dieser Preis ist außerordentlich billig, deshalb kann sich jedes Mitglied „Saarabien vor Gericht“ anschaffen. Die Bestellungen bitten wir sofort an unsere Vertrauensleute (Ortsverwaltungen) zu richten, nur Mitglieder der Verbandsmitglieder, bestellt alle das hochwichtige Buch, es ist un-gemein belehrend und enthält wertvolles Agitationsmaterial.



**Kameraden, werbet für den Verband!**

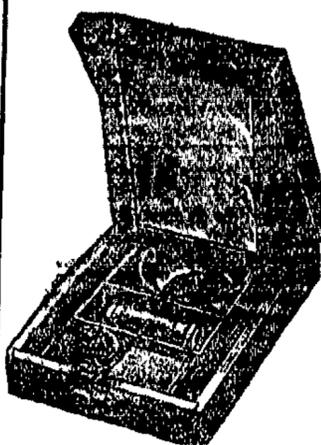
**An unsere Inserenten!**  
 Vom 1. Juni ab beträgt der Preis der einseitigen Petitzeile oder deren Raum **eine Mark** für alle Geschäfts-Anzeigen.  
 Verlag der „Bergarbeiter-Zeitung“.

**Unna**  
 Sonntag, den 4. Juni 1905, nachmittags 3 Uhr anfangend, im Lokale des Herrn D. Jung, Wornenstraße: 221  
**Garten-Konzert.**  
 Karten im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.  
 Es ladet freundlichst ein **O. Jung.**

**Der Schuh vom Rölner Schuh-Haus**  
 ist der **beste, billigste, bequemste!**  
**Waryloh** Provinzialstr. Nr. 97a

**Was rauchen Sie am liebsten??**  
 Selbstredend **„Kiepenkerl“**  
 rot 1/4 Pfd. 20 Pfg. — blau 1/4 Pfd. 25 Pfg.  
 von **Oldenkott-Rees.**  
 Ueberall käuflich. Ueberall käuflich.

**Ein praktisches, billiges u. hervorragendes Gelegenheitsgeschenk ist unstreitig meine weltberühmte Rasiergarnitur Nr. 2712.**



Fein polierter Goldstift, verschleißbar mit verstellbar. Messer- Spiegel, enthält sämtliche Rasier- Utensilien:

1. Sicherheits-Rasierapparat mit Anleitung oder auf Wunsch ein in Silberstahl-Rasiermesser,
2. einen guten Strohstrich,
3. eine Dose Schmirgelmilch,
4. eine Dose antisept. Rasierseife,
5. einen Rasierpinsel,
6. eine veredelte Rasierschale.

Alles zusammen in la. Qualität nur 3 Mk. gegen Nachnahme. Nr. 2714 und Nr. 2738 dieselben Garnituren in imitiertem Lederkarton ohne Spiegel, erstere mit Sicherheits-Rasierapparat, letztere mit la. Rasiermesser kosten nur 2,50 Mk. — Alle meine Rasier- messer und Sicherheits-Rasier- apparate sind fertig u. Gebrauch.

Porto 50 Pfg., bei Aufträgen von 10 Mk. an portofrei. Illust. Katalog meiner Waren, über 6000 Gegenstände enthaltend, umsonst und portofrei.

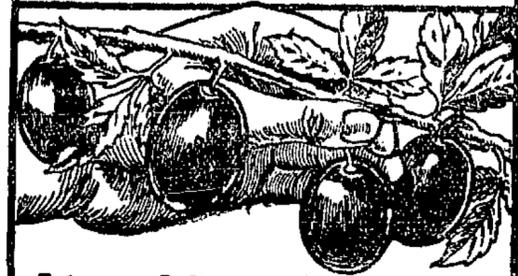
**Grosse Auswahl in Haarschneidemaschinen**  
schon von 3,20 Mark an.

**Engelswerk C.W. Engels**  
Foché bei Solingen  
Stahlwarenwerke und Versandgeschäft.

Grösstes Stahlwaren-Versand-Geschäft überhaupt.  
Einziges Versandgeschäft mit wirklichem Fabrikbetrieb hier in Foché. Größtes Warenlager im Solinger Industriebezirk. Eigene Reparaturwerkstätte. Reparaturen (auch solcher Waren, die nicht von mir bezogen worden sind) werden prompt und unter billiger Berechnung ausgeführt. Versand nur per Nachnahme. **Nichtgefallendes wird nach 30 Tagen zurückgenommen u. der Betrag zurückgezahlt. Also weitestgehende Garantie.**

Wird von einer Konkurrenz hin und wieder mal ein Artikel als Nachmittel zu einem billigeren Preise angeboten, als er in meiner Preisliste verzeichnet ist, dann ist dieser Artikel vom gleichen Tage ab bei mir zum gleichen Preise zu haben. Man bitte sich aber vor Täuschungen, denn in den meisten Fällen handelt es sich um minderwertige Ware. Für die gute Qualität meiner Waren beste ich weitestgehende Garantie. Meine Fabrik wird in diesem Jahre durch nahezu vollendete Neubauten um das Doppelte vergrößert.

**Direkt aus erster Hand!**



**Feinstes Delicatess-Pflaumen-Mus**  
garantirt rein, dick und süß unübertroffen im Geschmack, billiger bekömmlicher Brotbelag, offerirt ab Magdeburg (unfr.) geg. Nachnahme.  
Post-Bischofmer 9 Pfd. M. 2,00  
Post-Emalie-Eimer 9 " " 2,25  
Emalie-Wannen 25 " " 5,25  
Emalie-Wannen 50 " " 10,00  
Emalie-Eimer 25 " " 4,00  
Emalie-Kochtopf 18 " " 3,90  
Fässer ca 120, 225, 325 " " 13,00  
Gefässe werden nicht extra berechnet.  
**Bernhardt & Co., Magdeburg-N. 57 Pflaumenfabrik**

**Nur 1,20.**  
Porto 20 A extra.  
Bei Bestellung von 8 Stück wird die 9te gratis beigelegt. Porto 50 A extra.

**Arbeits-Pfeife!**  
wie Bild, 27 cm lang; schöne, bequeme Arbeitspfeife, Kopf u. Nickelbeschlag, wohltech. echt Weichselrohr u. Kernspitze, bei Voreinsandg. nur 1,20 u. 20 A für Porto. Geg. Nachnahme noch 20 A Postgebühren extra.

**FREIHEIT! GLEICHHEIT!**  
Singer, Laballe, A. Gebel, Wilhelm, K. Müller, I. Auer  
Wir kämpfen für Freiheit und Recht!

Das Pfeifenwerk Bild u. Part. (Gemeinschaft) ist nach Photographie ganz genau in Farben gemalt u. abgebrannt. Vollständ. Name i. d. P. auf Kopf eingestrahlt u. d. Garantie: Umtausch od. Betrag retour.

**Umsonst** und franko Katalog über Pfeifen, Küchengeräte, Gold-, Leder-, Musik-, Solinger Stahlwaren, Fernseher etc. Direkt von  
**Stahlwarenfabr. und Versandhaus Paul Kratz, Solingen 2**

**Für die Frau**  
von Emma Mosenthin, frühere Hebamme. (Goldene Medaillen, Ehrendiplom, 13 Patente, Deutsches Reichspatent, Laufende Dankschreiben). Zusendung gratis u. franko.  
**Mosenthins Versandhaus**  
Berlin S. 19, Sebaltianstr. 43.

**Horne**  
Empfehle mich den Verbänden mit- gliedern der Bahnhalle Horne als **Glanzblückerin** und bitte um geneigten Zuspruch.  
**Frau Heinrich Bolor,**  
225 Gartenstraße 8.

**Umsonst** versende mein großes **Pracht-Katalog** mit vielen Neuheiten

**Solinger Stahlwaren,**  
Gold- und Silberwaren,  
Haushaltungsgeschäfte, Uhren etc.

80 Tage zur Probe.  
5 Jahre Garantie.

Versende Messer Nr. 27  
" 27 fein hohl 1,50  
" 27 sehr " 2,00  
" 33 extra " 2,50

**Sicherheitsmesser D. M. G. M.**  
(Verlegung umständlich) M. 2,75.  
Nichtgefallendes Betrag retour.

**Emil Jansen**  
Stahlwarenfabrik und Versandhaus  
Wald 140 b. Solingen.

**Umsonst u. portofrei**  
verf. unfr. gr. Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Haushalt- u. Küchengeräte, Waffen, Optik etc.

6 Jahre GARANTIE

versenden wir franko  
Rasiermesser Nr. 10 la. Silber- stahl sein hohl geschl. fert. J. Gebr. M. 2, —, Rasiermesser Nr. 15 enthaltend: Rasiermesser Nr. 10, Rasierpinsel, Seife, Rasierseife, Rasierapparat (Neu-) m. 2 Aufschiebe-Rahmen für 8, 7 u. 10 mm schneid. p. St. M. 3,50. Sicherheitsrasiermesser „Gamos“ Nr. 2,50. Verlegung umständlich.

**Otto Geigis & Co.**  
Gruben b. Solingen 51.  
Bestes Fabrikverstandhaus u. W.

**Gummi-Waren**  
hygienische jed. Art, viele Neuheiten. Konkurrenzlos billige Preise. Crosser illust. Katalog gratis u. franko.  
Josef Maas & Co.  
Berlin 69 Oranienstr. 104  
Größtes Haus d. Branche.

**Dortmund Restaurant**  
**Aug. Haarscheidt**  
Auf dem Berge 6 empficht  
204  
gutes kräftiges Mittagessen zu 50 Pfg.  
Dortmunder Brauhausbier  
1/2 Liter 10 Pfg., 1/2 Liter 15 Pfg.  
Zur Abtragung von Veranlassungen u. Festlichkeiten empfehle meinen schönen geräumigen Saal.  
„Bergarbeiterzeitung“ liegt auf.  
Dortmund und Umgegend.  
Empfehle mich den Kameraden für sämtliche  
**Führen aller Art**  
und bitte bei Bedarf um Unter- stützung. Bedienung schnell und billig.  
Dortmund, Fliederstraße 10.  
**Friedrich Lino,**  
langjähriges Mitglied.

**Sterbetafel.**  
Es verstarben folgende Kameraden:  
Stephan D. Fla, Dümpten, verunglückt.  
Wilhelm Frankfeld, Langendrover, verunglückt.  
Stephan Lausch, Scharley, Althma.  
Hermann Thum, Gelsenkirchen III, Rheumatismus.  
Ferdinand Nitz, Brovinge, Schrottsch. August Menzel, Gladbeck, Schwindel.  
Josef Nitz, Weimar, Bauch- schwellenentzündung.  
Samuel Paulmann, Oberhausen, Lungenentzündung.  
Friedrich Paar, Töhlhausen, Lungenentzündung.  
Fritz Paas, Nieder-Sprockhövel, Schwindel.  
Ignaz Watz, Althma, Lungen- entzündung.  
Gustav Schulbach, Wiedebe, verunglückt.  
Michael Weill, Gaeper.  
Abolf Winter, Schalk.  
Gustav Wüster, Kuegel.  
Hermann Wüster, Linden, Lungenentzündung.  
Ab. Wüster, Bremer, verungl. August Wüster, Daternberg.  
Carl Wüster, Gladbeck, Galtensheim.  
Ludwig Wüster, Gumborn, verunglückt.  
Fritz Wüster, Verghofen, Schwindel.  
Wilhelm Wüster, Wanne, Schwindel.  
Franz Wüster, Langendrover, Galtensheim.  
Josef Wüster, Verghofen.  
Josef Wüster, Daternberg.  
Thomas Wüster, Karmathje, Leber- und Magenleiden.  
Jakob Wüster, Gumborn, Schwindel.  
Ed. Wüster, Eifen, Herzfehler.  
Ed. Wüster, Daternberg.  
Johann Wüster, Weed, Lungenentzündung.  
Otto Wüster, Linden, Schwindel.  
Jakob Wüster, Westensfeld, verunglückt.  
Paul Wüster, Westensfeld, Herzleiden.  
Joh. Wüster, Weed, verunglückt.  
Friedrich Wüster, Wattenfeld, Leberleiden.  
Joh. Wüster, Karmathje, Herzschlag.  
Johann Wüster, Weing, Lungenentzündung.  
Valentin Wüster, Wankau, Lungenentzündung.  
Andreas Wüster, Wankau, Wankau, Lungenentzündung.  
Ferd. Wüster, Weing, verunglückt.  
Andr. Wüster, Weing, Lungenleiden.  
Joh. Wüster, Horne, verungl. Friedr. Wüster, Dümpten, verunglückt.  
Wilhelm Wüster, Weing, verunglückt.  
Gustav Wüster, Nieder- sprockhövel, Schwindel.  
Friedrich Wüster, Weing, Lungenentzündung.  
Wilhelm Wüster, Gladbeck, Schwindel.  
Wih. Wüster, Althma, Althma.  
Joh. Wüster, Weing, Schwindel.  
Heinr. Wüster, Daternberg, verungl. Hermann Wüster, Wierbed, Schwindel.  
Paul Wüster, Wierbed, verunglückt.  
Franz Wüster, Weing, Lungen- entzündung.  
Johann Wüster, Althma, Bauchschwellenentzündung.  
Die Verstorbenen bleiben in treuen Andenken.

**Anerkannt sehr leistungsfähig**  
ist die Firma  
**Gebrüder Rauh Gräfrath**  
bei Solingen  
Nachstehende Gegenstände versenden wir **30 Tage zur Probe!**  
Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franko versandt.

**Nr. 1600.** Hochfeine kräftige **Herren-Nickel-Uhrkette**  
ganze Länge 27 cm, unter Garantie stets weiß bleibend, mit Silberröhren (Vermitter mit Emaille-Blatt), moderne Form zum Weisheit von nur Mark **1,40** per Stück franko.

Abbildung gibt 1/2 natürliche Größe!

**Nr. 1604.** Dieselbe Uhr- kette wie Nr. 1000, aber statt mit Silberhänger mit nebenstehend abgebildetem Metallhänger, welcher inwendig einen Knüttelknopf enthält, der mit beliebiger Inschrift nach Angabe des Käufers extra angefertigt wird. Preis der Uhrkette mit Metallhänger, einschließlich fertigen Stempel, Farbstift, Farbe u. **2,20** franko.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

**Garantieschein:**  
Nichtgefall. Ware tauschen wir bereit- wüßig um oder zahlen Betrag zurück.

**Wenheit! Wenheit!**  
Katz und Maus-Vexierbörse  
**FORTUNA**  
Die Katze auf der Mäusejagd!

Natürliche Größe: 10 cm breit, 7 1/2 cm hoch.

**Nr. 2750.**  
**Vexier- oder Sicherheits-Portemonnaie Fortuna** (genau wie Abbildung), la. braunes Saffian- leder, Lederfutter, 3 Fächer, Innen- und Außenbügel, fein vernick., 3. Preise von nur Mk. **1,30** franko. Genaue Gebrauchsanweisung wird jedem Portemonnaie beigelegt; ohne dieselbe ist keine Instand- setzung zu öffnen. Zwei Buchstaben in Golddruck in das Leder eingepreßt kosten 10 Pfg., der ganze Name 20 Pfg.

**Umsonst u. portofrei** ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch **Prachtkatalog** über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Zugartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Säbme, Musikinstrumente, Kinderpfeifen und viele andere Artikel in größter Auswahl. — Bei größeren Sammel- käufen Extra-Vergünstigungen. Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preis- würdige Ware zum Versand kommt.

Über 5000 lobende Anerkennungs- schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren. So schreibt Herr Kraus: „Teile Ihnen unaufer- fordert mit, daß ich mit der geliefertten Ware von Ihrer u. Firma sehr zufrieden bin. Dieselbe ist solid gearbeitet und übertrifft weit die Erzeugnisse anderer Fabriken, was Ausführung und Preis betrifft.“ (gez.) Hugo Kraus.“

**Für nur 2,50 Mark**  
versende ich einen gut- gehenden Wecker im- nachleuchtend. Ziffer- blatt. **Reinheit! Nur 4,00 Mk.** kostet ein elegant ausgestatt. patentamt. geschütz. Kronenwecker mit nachleuchtend. Ziffer- blatt, sehr laut und lange weckend! Nur 3,30 Mk. kostet eine echt sib. **Cylind.-Rem.- Uhr, 6 Räder mit doppeltem Goldrand.** Jährliche schriftliche Garantie. Wer wirklich viel Geld beim Einkauf solcher Ware sparen will, veräume nicht, meinen neuesten, reich illust. **Pracht-Katalog** über sämtl. Uhren, Ketten, Gold- u. Silberwaren etc. gratis und franko zu verlangen. **Uhrmacher u. Wiederverkäufer** verlangen meinen neuesten **Engros- katalog.** Vorteilhaft u. billige Bezugsquelle in Uhren, Dou- nituren, Werkzeugen, Ketten und Goldwaren etc.

Versand nur geg. Nachnahme oder vorher. Einzahlung. Porto u. Ver- packung extra. Umtausch gestatt.

**Hugo Pinous, Hannover 30**  
Uhren billigerer Qualität:  
Nickel Rem. 30 Stk. 3,25 Mk.  
Echt sib. Herren Rem. 6,75 "  
Echt sib. Damen Rem. 6,75 "  
Goldene Damen Rem. 13,25 "  
Weckeruhren mit Absteller 1,50.

**Oberhöndorf**  
Hiermit bringe ich den geehrten Kameraden von Oberhöndorf mein **Rasier- und Haarschneide- Geschäft** in empfehlende Erinnerung. 219  
Hochachtungsvoll  
**Georg Goldhahn.**

**Verkaufe:**  
Getragene Herren-Zoppen u. Nos. Anzüge, Damenkleider, Sackos, Blusen, Gauskleider, einzelne Hosen, Säbme, Wäsche, Degen und Pferde. 46  
**Frau Maria Albers,**  
Dortmund, Gänsemarkt 11.

**Kluge Frauen**  
u. nicht veräumen, sich unentgeltliche Aufklärung über meine bisher un- erreichbare hygien. Erfindung (s. Ver- minderung häusl. Sorgen) kommen zu lassen, worauf ich gr. gold. Preis- medaille, Ehrendiplom u. Ehrenkreuz, som. deutsch. u. engl. Patentamt. schutz erhalten habe. Glück, jahrel. brauch- bar, 2 Mk. Die Prämierungen sumie hunderte Anerkennungs- schreiben liegen bei mir zur Einsicht aus.  
**G. Engelhardt, Berlin N. 20,**  
Bergstraße 80. 18

**Köstlich**  
im Geschmack und Aroma ist unser feinst präparierter goldgelber  
**Tafel-Honig**  
in prakt. **Emalie-Eimern v. br. zehn Pfund**  
ab Magdeburg gegen Nachn. für  
**3 Mk. 50 Pfg.**  
**Bernhardt & Co., Magdeburg 91.**

**Achtung! Radfahrer!**  
Versende unter Nachnahme prima Fahrrad 65, 60, 71, 50, 75, 90 cm, Kaufmanteil 4,20, 5, 6 Mk., Luft- schläuche 2,50, 2,90, 3,30 Mk., Fuß- pumpen 1,20 Mk., kleine Pumpen 50 Pfg., Laternen 1,50—4 Mk., Glocken 20 Pfg., Griffe 30 Pfg., Pedale 2 Mk., Karbid kg 60 Pfg. nur prima Qualität. 222  
**Otto Kassenberg,**  
Oberhausen Rhld., Kirchstraße.

**Gelsenkirchen.**  
Das fleißige Arbeitersekretariat befindet sich von jetzt ab:  
**Karlstraße 19.**  
Sprechstunden: Vorm. 9—11 Uhr u. nachmittags von 5 1/2—7 1/2 Uhr.

**Aufruf!**  
Der Kamerad **Friedrich Weber** aus Niederbronsfeld wird ersucht, sich wegen Erbschaftsangelegenheiten bei mir zu melden. 224  
**Julius Ader, Niederbronsfeld.**

Sohn ordentlicher Eltern findet angenehme Stelle als  
**Lehrling**  
bei  
**Fritz Sanalöbken,**  
Schneidmischer, Sprockhövel.

**Uplerbeckermarkt.**  
Den Kameraden zur Kenntnis, daß ich in meiner Wohnung Upler- beckermarkt, Herdeckestr. 30, ein Geschäft für  
**Gemüse, Fisch, Süßfrüchte, Tabak und Zigarren**  
errichtet habe und bitte die Kameraden von Uplerbeck und Umgegend um gütigen Zuspruch.  
**Albert Gerwig,**  
Uplerbeckermarkt, Herdeckestr. 30, gem. aß regelt von Bege Schleslitz.